

■ Brauchen wir einen neuen OBM?

Am 10. April sind in Leipzig OBM-Wahlen. Zeit, in einer LN-Serie die Ansprüche des Amtsinhabers Tiefensee mit der Wirklichkeit zu vergleichen. Seite 3

■ Was wird aus Polen?

Wahlen stehen im Jahr nach dem EU-Beitritt an. Was aber ist mit Demokratie und sozialer Gerechtigkeit? Seite 7

■ Hässliche, aber übliche Politik

Klaus Höpcke über Thüringer Blaublüter, die als Dank für ihren „Verzicht“ auf zweifelhafte Ansprüche 15,5 Millionen Euro von der Landesregierung erhielten. Seiten 8/9

DIE ZWEITE LOHNTÜTE



Marc Ranstetter 2005

Über vier Millionen haben nicht einmal eine erste!

Auschwitz. Unser Gewissen!

Der 27. Januar ist ein Datum von hoher Symbolik. An diesem Tag vor nunmehr 60 Jahren wurde Auschwitz von der Roten Armee befreit. Auschwitz, das war die Hölle unter den Höllen des Faschismus. Dieser Ort, dieser Name ist daher das Sinnbild des unendlichen Schmerzes, der tiefen Trauer und der bedrückenden Schuld.

Der damalige Bundespräsident Roman Herzog war gut beraten, gerade diesen Tag als nationalen Gedenktag an die Opfer des deutschen Faschismus zu benennen, der 1996 erstmalig begangen wurde. Es entspricht dem antifaschistischen Ethos, an diesem Tag aller Opfer zu gedenken, die in den Höllen des Faschismus – gleich welchen Namen sie trugen – grausam geschunden, gefoltert und zu Tode gebracht wurden. Keiner von ihnen, unabhängig von seiner sozialen Stellung, seinem Glauben oder seiner politischen Gesinnung, darf davon ausgenommen sein. Jeder von ihnen hat das Recht auf öffentliche Erinnerung und Ehrung. Es widerspricht dem gewollten Sinn dieses Tage, eine Selektion der Opfer des Faschismus vorzunehmen.

Noch ist in Deutschland bis heute in vielen offiziellen Kalendern dieser Gedenktag nicht vermerkt. Und es ist unstrittig festzustellen, dass es in unserer Gesellschaft nach wie vor Strömungen gibt, die rassistisch, antisemitisch, ausländer- und menschenfeindlich sind. Neofaschistische Kräfte marschieren, zu ihrem Schutz vor Antifaschisten von Polizei flankiert, nahezu Woche für Woche irgendwo in Deutschland auf. Mittels nationaler und sozialer Demagogie hat die NPD den Einzug in das sächsische Landesparlament erreicht und damit an neuen Möglichkeiten ihrer Betätigung gewonnen. Dadurch und durch Vorgänge im sächsischen Landtag, die die NPD ermuntern, tritt diese rechtsextreme Partei nunmehr auch erstmalig zur OBM-Wahl in Leipzig an. Welche geistigen Brandstifter hier am Werke sind, haben die Ereignisse der letzten Landtagssitzung belegt.

Obwohl es eine durch den Verlauf der Geschichte geprägte Volksweisheit ist: „Wer den Anfängen nicht wehrt, läuft Gefahr, die folgenden Ereignisse nicht mehr kontrollieren zu können“, handelt das politische System dieses Landes, in dessen Verfassung der antifaschistische Bezugspunkt fehlt, fahrlässig. Es wird seit Jahrzehnten seiner Verantwortung nicht gerecht. Daher konnte und kann sich die braune Brut zunehmend ausbreiten. Von Reden allein ändert sich nichts zum Guten. Vielmehr muss der Antifaschismus das öffentliche Staats- und Geschichtsbewusstsein der Bundesrepublik konsequent durchdringen. Der Maßstab dafür ist das tagtägliche Handeln, das Tagesgeschehen. Es ist längst nicht nur in Sachsen 5 vor 12.

KURT SCHNEIDER

Nebeneinkommen

Wer etwas nicht aufdecken will, hat gewiss etwas zu verbergen. Kein anderer Schluss ist möglich, wenn die Union nur höchst zögerlich, dem öffentlichen Druck nachgebend bereit ist, Nebenverdienste ihrer Abgeordneten auch nur bekannt zu machen. Unreellen Liaisons Einhaltung zu gebieten steht dabei noch nicht auf der Tagesordnung. Auch der Regierungskoalition liegt eine radikale Bereinigung fern. Erst recht scheinen die Firmen kein Interesse daran zu haben. VW ist jedenfalls bis jetzt mit der Streichung von Zahlungen an Abgeordnete ein einsames Beispiel. Hier war es ja auch zu offenkundig: Denn die Nebeneinkünfte stammten ja nicht einmal aus Nebentätigkeit, sondern aus Nebenuntätigkeit. Man kann hier wohl eher von mammongestütztem Lobbyismus sprechen.

Aber auch tatsächliche Nebentätigkeiten von Abgeordneten sind von zwielichtigem Charakter. Geht man davon aus, dass ein Bundestagsabgeordneter mindestens 7000 Euro monatlich an Diäten (ohne die rund 3000 Euro Aufwandspauschale) erhält, dann muss man bedenken, dass er diese Summe auch mit einem 15-stündigen Arbeitstag bei höchst produktivem und qualifiziertem Schaffen nicht abarbeiten kann. Wo ist da Raum für Nebentätigkeit? Ganz offensichtlich wird die Doppelmoral dort, wo Abgeordnete mit ihren Beschlüssen und moralisierenden Reden gegen Nebentätigkeiten von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zu Felde ziehen. Manchem geht sehr schnell das Wort Sozialmissbrauch oder Schmarotzertum über die Lippen. Aber wie soll man das Verhalten jener Abgeordneten nennen, die, wie an vielen Beispielen offenkundig geworden, dasselbe in vielfach größerem Maßstab praktizieren? Dabei kann man annehmen, dass gegenwärtig wie bei einem Eisberg neun Zehntel des Übels noch dem Auge entzogen sind.

• GÜNTER LIPPOLD

Unwort und Unmoral

Eigentlich ist „Humankapital“ als Unwort des Jahres 2004 nicht in dem Sinne Unwort, wie das in der Regel bei seinen Vorgängern der Fall war, die die Wirklichkeit verzerrt interpretierten und Menschen verhöhnerten: „Diätenanpassung“, „Rentnerschwemme“ oder „sozialverträgliches Frühableben“. Das Abgründige liegt bei „Humankapital“ eher darin, dass das Wort die Realität adäquat widerspiegelt, aber andererseits die seelenlose Einbindung des Menschen in die Profitmacherei als Normalität ansieht und alles Schlimme, was damit verbunden ist, ignoriert. Mit dem Wort wird die heutige Stellung des Menschen in der Wirtschaftswelt an sich genau so beschrieben, wie sie Marx im „Kapital“ charakterisiert hat. Was besagt Humankapital anderes als „Ware Arbeitskraft“, was meint es anderes als ein unsägliches Abhängigkeitsverhältnis? „Humankapital“ – das bedeutet heute Erhöhung der Arbeitsintensität, Lohnbeschneidung, Arbeitszeitausdehnung, Arbeitslosigkeit, die Zwänge von Hartz IV.

Nur – die Schöpfer und Nutzer dieses Wortes wollen damit nicht auf die fortschreitende Entmenschlichung des Kapitalverhältnisses hinweisen, sondern den Menschen als Objekt in nüchternes Profitdenken eingebunden sehen, ohne Rücksicht auf jegliches Humane.

• KURT RECHT

Blauäugige Partnerwahl?

Fallen Leipzig und Sachsen mit dem gewählten Bau-Partner erneut auf die Nase – nach dem Schneider- und dem Holzmüller-Debakel? Wir hören von ernstesten Problemen und Ungewissheiten beim Hauptauftragnehmer für den Citytunnel, dem Augsburgener Konzern Walter Bau AG. Gesprochen wird von Liquiditätsproblemen und drohender Firmenpleite. Die Versicherung aus dem Wirtschaftsministerium Sachsens, der Tunnelbau sei nicht gefährdet, klingt angesichts erfolgloser Rettungsversuche wenig überzeugend. Nur wenige Tage vor dieser Nachricht hatten wir die frohe Botschaft aus dem Dresdner Ministerium vernommen, nun sei alles unter Dach und Fach, ein Konsortium von Walter Bau und Partnern übernehme den Hauptteil der Arbeit, und im April werde mit dem Bau der Stationen begonnen.

Waren die Verantwortlichen zum Zeitpunkt der Verkündung dieser Nachricht tatsächlich völlig ahnungslos? – Aber vielleicht ist es heutzutage auch gar nicht so einfach, eine Baufirma zu finden, die nicht auf die eine oder andere Weise angeschlagen ist. Schließlich ist die gesamte Branche weiter im Sinkflug.

• G. L.

Im Geiste von Karl und Rosa

demonstrierten PDS-Mitglieder und Sympathisanten am 15. Januar – dem Tag der Ermordung der beiden Arbeiterführer – für Frieden und gegen Militarismus, für Gerechtigkeit, Demokratie und gegen kapitalistische Willkür heute.

Foto: Märker



Hartz IV viel teurer – Sachsen trickst

LN. Die Sächsische Staatsregierung plant entgegen ihrer ursprünglichen Zusagen, sich beim Schlüssel für die Verteilung der Bundesmittel zum Ausgleich der Mehrbelastungen durch Hartz IV nun an den Einwohnerzahlen der Kommunen orientieren zu wollen. Lotar Tippach, PDS-Fraktionsführer in Leipzig, verweist darauf, dass ein solches Vorgehen die äußerst differenzierte Betroffenheit der Städte und Gemeinden im Freistaat ignoriere und völlig lebensfremd sei.

Leipzig, das von einer überdurchschnittlich hohen Quote von Alg-II-Bezieherern betroffen ist, würden somit im gerade erst begonnen Haushaltsjahr 17 Millionen Euro fehlen,

was die ohnehin äußerst angespannte Finanzsituation weiter verschärfe.

Die PDS-Fraktion fordert die Staatsregierung vor dem Hintergrund der in Leipzig jüngst eingeleiteten und für die Bürger schmerzhaften Konsolidierungsbemühungen auf, unverzüglich von diesen Plänen Abstand zu nehmen und sich bei der Verteilung der Mittel an den Fallzahlen der Alg-II-Bezieher auszurichten.

OBM Tiefensee wird aufgefordert, sich umgehend gegenüber der Dresdner Regierungskoalition für eine realitätsnahe Politik einzusetzen, die sonst die kreisfreien Städte Sachsens sehenden Auges in die finanzielle Unregierbarkeit treibt.

LESER MEINEN

Ekelerregend

Als ekelerregend empfinde ich es, dass die Abgeordneten der sächsischen NPD-Landtagsfraktion den Opfern des Faschismus ein ehrendes Gedenken verwehrt und den Plenarsaal verließen, als sich die demokratischen Abgeordneten zu einer Gedenkminute erhoben.

Offensichtlich „vergasen“ diese Nachgeborenen, dass der deutsche Faschismus in der Folge des allein von ihnen verschuldeten zweiten Weltkrieges über 50

Millionen Tote zu beklagen waren. Rassen- und Völkerverhetze, blindwütiger Antisemitismus und Antikommunismus bewirkten, dass allein in der Sowjetunion 20 Millionen Menschen ihr Leben verloren. In Deutschland, in Zuchthäusern und Konzentrationslagern ermordeten die Faschisten gleichfalls Millionen Menschen.

Es gilt, jenen in den Arm zu fallen, die schon wieder nach der Brandfackel rufen, wie Alterspräsident Prof. Cornelius Weiss in der Landtagssitzung vom 21. Januar beschwor.

H. GERATHEWOHL, LEIPZIG

ZITIERT

Vielleicht sollte man dieses Jahr einmal am Gedenktag der Befreiung fragen, wie es zur Regierungsbildung Hitler am 30. Januar 1933 kam! Wie war das möglich, dass die Weimarer Parteien im freien Fall an Kreditabilität verloren haben? Die Antworten sind hinlänglich gegeben: z. B. die Raffgier von gewählten Berufspolitikern und die Brünningsche Sparpolitik, die die Hoffnung auf einen ökonomischen Aufschwung in weite Ferne rückte.

• ANDREAS NACHEMA,
Direktor der Stiftung „Topographie der Terrors“. In: Neues Deutschland, 22./23.1.'05

Sachsen-Anhalts Kinder haben verloren

Die uns umzingelnden bürgerlichen Medien sind's zufrieden. Die LVZ schreibt von einem „Sieg der Vernunft“, im MDR-Kulturradio darf sich ein Professor von Sonstwoher genüßlich über die „Modeerscheinung“ Volksentscheid als populistische Modeerscheinung lächerlich machen. Man könne doch nicht dauernd die Rechte der Abgeordneten aushebeln. Außerdem, was da in Sachsen-Anhalt ein paar Träumer wollten, nämlich vor allem gleiche Zugangsberechtigung zu Kindereinrichtungen auch für Kinder von Arbeitslosen, das sei nun wirklich unbotmäßig angesichts der leeren Kassen dieses Bundeslandes und vor allem angesichts der ohnehin schon überstrapazierten Tansferleistungen aus dem Westen.

500 000 Stimmen hätten einen Sieg des Volksentscheids, hätten einen Sieg über die rigide, kinderfeindliche Sparpolitik der sachsen-anhaltinischen CDU-Regierung bedeutet. Bei zwei Millionen Wahlberechtigten eine schier unerreichbare Hürde

– bedenkt man zudem die niedrige Wahlbeteiligung von kaum einem Viertel der Angesprochenen. Was gewiss mit der allgemeinen Vertrauenslosigkeit in die Politik, in diesem Fall aber vor allem damit zu tun haben dürfte, dass ein Großteil der Bürger keinen Bezug zum Abstimmungsthema hat, keine Kinder mehr im Haushalt leben oder überhaupt kinderlos ist. Natürlich kann man und muss man sogar den am Sonntag zu Hause gebliebenen den Vorwurf machen, unsolidarisch und interessenlos gegenüber der Zukunft des Landes zu sein. Das eigentliche Problem aber ist die politisch stur verteidigte Hürde für Bürgerbewegungen, sind die unverhältnismäßig hohen Ansprüche an Unterschriften und Stimmen. Womit von vornherein die wenigen Möglichkeiten zu direkter Demokratie der Bürger in diesem Land beschneidet werden. Alle vier Jahre seine Stimme abzugeben, das muss genügen! Der Rest geht den Bürger dann nichts mehr an.

• wart

Leipzig vor der Oberbürgermeisterwahl Was OBM Tiefensee versprach ...

Am 10. April wird in unserer Stadt der neue Bürgermeister gewählt. Auch Wolfgang Tiefensee stellt sich, wie schon vor sieben Jahren, wieder dieser Herausforderung. Und – hat er auch dieses Mal gute Chancen zu gewinnen? Ginge es nur danach, wie er seine von ihm selbst im Juni 1998 aufgestellten 10 Leitgedanken umgesetzt hat, würde es eng werden für seine weitere Karriere. Aber zum Glück, die Menschen sind vergesslich und in der Politik läuft sowieso immer alles anders. Dennoch, LN versucht, gegen das Vergessen anzugehen. Bis zur Wahl wollen wir in mehreren Beiträgen aufzeichnen, wie es um Anspruch und Wirklichkeit der Wahlversprechen Wolfgangs Tiefensees bestellt ist. Heute schreibt zum Thema **Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzbeschaffung PDS-Stadtrat WILLIAM GROSSER.**

Im ersten Schwerpunkt seiner Leitgedanken aus dem Jahr 1998, an denen sich der zur Wiederwahl angetretene Wolfgang Tiefensee (SPD) nun messen lassen muss, heißt es unter der Überschrift „**Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel senken**“: „*Sie alle kennen die markigen Sprüche zu diesem Grundübel unserer Zeit. Ich erspare mir Ergänzungen. Wenn ich aber an diesem für mich so wichtigen Tag einen Wunsch an uns richten kann, dann ist es der, dass wir im Laufe meiner Amtszeit die Arbeitslosigkeit in Leipzig deutlich reduzieren können.*“ Schauen wir mal, wie sich die Arbeitslosigkeit, die im Übrigen nicht das Grundübel unserer Zeit, sondern des real existieren-

Eventpolitik ist wenig hilfreich für die Stadt

Klein- und Mittelstand blieb vernachlässigt



den Kapitalismus ist, in Leipzig während der Amtszeit von Herrn Tiefensee entwickelt hat: 1999 waren im Jahresdurchschnitt in Leipzig 39 507 Menschen arbeitslos. 2003 waren es schon 46 942 Menschen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg im gleichem Zeitraum von 11 864 auf 20 187. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der offenen Stellen von 3451 im Jahr 1999 auf 1192 im Jahr 2003. Unter dem zweiten Schwerpunkt seiner Leitlinien schreibt Herr Tiefensee weiter: „*Jedermanns Traum in der Wirtschaftsförderung ist das Großunternehmen, das uns vieler Sorgen entledigt und für das selbstredend im Rathaus alle Türen offen stehen. ... Wer allein dies als Wirtschaftsförderung begreift, vertut seine Chancen und verkennet die Realität der Leipziger Wirtschaftslandschaft. Der Mittelstand bildet die Basis unserer Wirtschaft.*“

Dennoch, mit der Förderung von Großunternehmen hatte Herr Tiefensee mehr Glück. Neben Porsche und BMW siedelt sich demnächst auch die DHL in Leipzig an. Die großzügige Förderpolitik der Stadt Leipzig für Investoren wurde durch die auf Arbeitsplätze hoffende Bevölkerung unserer Stadt stark unterstützt. Dennoch wirken sich diese Ansiedlungen immer noch nicht auf den so genannten Arbeitsmarkt so aus, dass sich die Arbeitslosigkeit verringert hätte. Im Gegenteil, die Arbeitslosenquote liegt immer noch bei ca. 19 Prozent. Damit hat Leipzig hinter Bautzen, das mit über 20 Prozent die rote Laterne in Sachsens Städten trägt, das zweitschlechteste Ergebnis im Freistaat. Dieses Ergebnis ist vor allem auf die wirtschaftspolitische Vernachlässigung des Klein- und Mittelstandes zurückzuführen. Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

stieg zwar im Vergleich von 9 837 000 Euro (1998) auf 10 553 000 Euro (2001), aber das produzierende und verarbeitende Gewerbe zeigte fallende Wertschöpfungsergebnisse auf. 1999 gab es bei 5915 Gewerbeanmeldungen 3810 Fälle der Gewerbeaufgabe. 2003 waren bei 6414 Gewerbeanmeldungen 4110 Aufgaben zu verzeichnen. Die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes ist ausschließlich im Dienstleistungssektor erfolgt und resultiert vor allem aus der Preisentwicklung.

So viel zum Slogan „Leipzig – Stadt der Unternehmen“! Doch weiter mit Herrn Tiefensee: „*Der Stadtwerke-Anteils-Verkauf, zu dem ich uneingeschränkt stehe, eröffnet uns hier Möglichkeiten eines gezielten wirtschaftlichen Engagements. ... Wir werden das Geld in einer Art 'Innovationsfonds' bündeln, der exakt dieser*

Aufgabe dient.“ Abgesehen davon, dass sich der Stadtwerke-Anteils-Verkauf letztlich als strategischer Fehler herausstellte und dass, wenn es nach Herr Tiefensee gegangen wäre, auch noch die Restanteile der Leipziger Stadtwerke verschertelt worden wären, hatte das Ganze auch einen positiven Nebenaspekt. Mit einem geringen, wie wir heute wissen, einem zu geringen Teil des Erlöses aus dem Stadtwerke-Anteils-Verkauf wurden die Gründung der Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer, eine Leipziger Beteiligungsfonds für Innovation und Technologietransfer GmbH & Co. KG (LBIT) und innovative Projekte, wie zum Beispiel die Gründung der Strombörse (Leipziger Power Exchange, die zur European Exchange AG fusionierte) finanziert. Der Verkauf der Anteile am Leipziger Beteiligungsfonds für Innovation und Technologietransfer GmbH & Co. KG (LBIT) an die Sparkasse Leipzig allerdings konnte nur mit geballtem Engagement des Stadtrates und der Kuratoren der Stiftung, allen voran die der PDS-Fraktion, schadensfrei geregelt werden. Wäre es nach Tiefensee gegangen, käme das Fraunhofer Institut, dessen Ansiedlung durch die Stiftung mitfinanziert wird, jetzt nicht hierher.

Ohne Zweifel hat Herr Tiefensee einige gute Aktivitäten initiiert. Trotz Porsche, BMW und DHL fehlte ihm jedoch oft der lange Atem, um Begonnenes zum Erfolg zu führen. Hoffen wir, dass er, sollte er wieder gewählt werden, diesen langen Atem durch eine gute Arbeit auch unserer PDS-Fraktion einblasen bekommt. Dazu müsste er aber eine selbstkritische Haltung entwickeln. Der Hang des Wolfgangs Tiefensee zur Eventpolitik und zur Überschätzung schadet unserer Stadt Leipzig.

Man kann es verstehen, wenn Ortschaftsräte zornig reagieren, ist es doch nun zum wiederholten Male passiert, dass sie bei der Aufstellung der Haushaltpläne nicht genügend gehört wurden und auch keine ortsteilbezogenen Haushaltansätze erhielten. Das ist nicht nur ein Verstoß gegen die Sächsische Gemeindeordnung und die Hauptsatzung der Stadt Leipzig, sondern auch gegen eine Dienstweisung des Oberbürgermeisters, die das Verfahren dazu regeln soll. Den Ortschaftsräten wird damit faktisch das Recht genommen, über die Verwendung der ihnen zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel

Zornige Ortschaftsräte

zu entscheiden, sofern die Bedeutung der betreffenden Maßnahmen nicht über die Ortschaft hinausgeht. Diese Tatsache ließ den Ortschaftsrat Lützschena-Stahmeln am 10. Januar beschließen, den Oberbürgermeister aufzufordern, dafür zu sorgen, dass es bei der Ausarbeitung des Haushaltplanes für das Jahr 2006 zu keiner Wiederholung der kritisierten Missstände kommt. Der Ortschaftsrat Lindenthal, der am 11. Januar tagte und ebenfalls in einem Schreiben an den Oberbürgermeister die gleiche Klage führt, geht sogar noch einen Schritt

weiter. Er sieht nämlich Bestimmungen des Eingemeindungsvertrages verletzt, so dass er die Einberufung des Vermittlungsausschusses fordert. Es bleibt also zu hoffen, dass der Oberbürgermeister mit deutlichen Worten den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung sagt, wie entsprechend seinem Demokratieverständnis und der Gesetzeslage künftig mit den Ortschaften und deren gewählten Vertretern umzugehen ist, so dass das Vertrauensverhältnis nicht weiter untergraben, sondern gefestigt wird.

• HORST PAWLITZKY

Am Külzpark, auf der Höhe Alte Messe, werkelt ein Bagger. Hat das damit zu tun, dass das Thema B2 / Neubau Bahntrasse wieder auf die Tagesordnung soll? Vor einigen Jahren fand in der Stötteritzer Scheune eine Bürgerversammlung statt. Das Interesse daran war sehr groß. Es kursierten Gerüchte, dass mitten durch unseren Stadtbezirk die Schließung des südöstlichen Rings der B2 erfolgen sollte. Damals befand sich das Vorhaben noch im Planungsstadium. Eine sehr kontrovers geführte Debatte entbrannte, als das ganze Ausmaß dieser Vorhabens klar wurde. Mölkauer Einwoh-

Unendliche B2-Geschichte

ner hatten vorgeschlagen, die Trasse könne doch durch den Külz-Park, die Güntzstraße entlang durch den Stüntzer Park (LSG seit 1998!) bis auf die alte Trasse im Norden geführt werden. Das lehnte die Bürgerversammlung ebenso ab wie die Idee, die Straße durch Mölkau zu führen. Alternativ wurde vorgeschlagen, dieses Teilstück an den Schleußiger Weg anzuschließen und damit außerhalb dicht besiedelten Gebietes zu führen. Wie stellt sich das nun in der Praxis dar? Die Güntzstraße würde sich als sechsspurige Straße – von

den potentiellen Anliegern wie eine offene Wunde in der Stadt empfunden – laut statistischen Erhebungen ohnehin derzeit nicht rechnen. Ein noch relativ intaktes Wohngebiet mit leichtem Einwohnerzuwachs wäre davon betroffen.

Und damit noch nicht genug! Die Erholungsgebiete Külz-Park und Stüntzer Park würden nachhaltig zerstört.

Nur weiter so, Herr Tiefensee! Wenn Sie denken, dass Sie so die Wahlen im April 2005 gewinnen, können sie ruhig Ihren Bürgern die Lärmschutzwände vor die Nase setzen.

• C. PFINGST

Warum soll die „Kleine Funkenburg“ abgerissen werden?

Am Jahresende informierte die Stadtverwaltung, das Regierungspräsidium Leipzig habe dem Abriss des Hauses „Kleine Funkenburg“ in der Jahnallee zugestimmt. Dazu schrieb uns SIEGFRIED HEINRICH aus dem Waldstraßenviertel den nachstehenden Beitrag.

Pünktlich noch vor dem Weihnachtsfest wurde uns Bewohnern im Waldstraßenviertel dieses faule Ei unter den Weihnachtsbaum gelegt: Obwohl selbst bei einer Anhörung durch das Regierungspräsidium Leipzig deutlich von engagierten Bewohnern fundierter Protest angemeldet wurde, erhielt die Stadt von dort die Genehmigung zum Abriss der Kleinen Funkenburg.

Als viele Jahre schon ehrenamtlich im Waldstraßenviertel tätiger Mitbewohner muss ich feststellen: Noch zu oft werden unsere Ansichten zu Problemen und deren Lösung im Wohnviertel nicht ernst genommen und Vorschläge in den Wind geschlagen.

Aber dieses Mal gebe ich mich trotzdem noch nicht geschlagen. Ich baue auf das immer wieder in den Rathaussetagen proklamierte Engagement der Bürger dieser Stadt. Die getroffene Entscheidung gehört noch einmal auf den Prüfstand der Fraktionen unseres in diesem Jahr gewählten neuen Stadtparlaments und erfordert unbedingt eine Korrektur.

Mir ist bisher kein Konzept für den Stadtbau bekannt; es soll



Steht den Verkehrsplanern bei der Verbreiterung der Jahnallee im Wege: die „Kleine Funkenburg“. Denkmalschützer und Einwohner möchten sie erhalten. Ist der Entscheidungsprozess demokratisch?

wohl erst erarbeitet werden. Das ist aber nicht das Entscheidende: Die Meinung der Denkmalschützer kann man ja im eigenen Haus übergehen, aber nicht die eigene, im Stadtparlament bereits 1991 für das Waldstraßenviertel beschlossene bzw. 1994 weiter ergänzte Erhaltungssatzung als Denkmalschutzbereich. Bereits 1990 stand die Kleine Funkenburg mit auf der Denkmalschutzliste und wurde dort Anfang der 90-er Jahre erneut bestätigt. 1994 erhielt die Stadt im Bundeswettbewerb bekanntlich für die Erhaltung des historischen Stadtraums und den behutsamen Stadtbau im Waldstraßenviertel die verpflichtende Ehrung mit der Goldplakette. Es wurden damit viele, die sich mit ganzem Herzen für unser

Wohnviertel einsetzen, verdientermaßen gewürdigt. Ganz besondere Verdienste hatten seinerzeit dabei die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung. Was ist nur jetzt in Leipzig los?

Inzwischen rutscht da ein Haus zusammen, es bleiben Dreckecken, dort gähnen uns leere Fensterhöhlen an, fallen Gebäudeteile ab und bleiben liegen, dort stehen Schutzgerüste für die Fußgänger viele Monate lang an verfallenden Häusern. Dabei handelt es sich bedauerlicherweise auch um solche, die historische Bedeutung haben und unter Denkmalschutz stehen. Ich kann nach den Jahren des Aufschwungs zu dieser Entwicklung nur konstatieren, dass erneut hier im Viertel die Miss-

wirtschaft um sich greift.

Wenn jetzt die Kleine Funkenburg, die noch älter als viele Gründerzeitgebäude im Waldstraßenviertel ist, unter Umgehung und Verletzung der bestehenden Beschlüsse fallen soll, empfinde ich das als Frevel und eine Ohrfeige für alle engagierten Bürger, die sogar konkrete Lösungs- und finanzielle Angebote von Sponsoren unterbreitet haben.

Nicht nur die Kleine Funkenburg, sondern auch wichtige Interessen der Bewohner und Besucher, vieler älterer Bürger und zahlreicher junger Familien mit Kindern, die erfreulicherweise wieder im Waldstraßenviertel wohnen, sind betroffen. Wird die Jahnallee für eine Lawine Dioxinverbindungen ausstoßender Fahrzeuge geopfert?

Die Freilegung des Elstermühlgrabens als einen alten Elsterarm, der nicht zuletzt an historische Ereignisse erinnert, ist für mich ein lobenswertes Vorhaben, das dem Sinn der Beschlüsse zur Erhaltungssatzung entspricht. Warum prüft man im Rathaus nicht, ob der alte Flusslauf so verlaufen kann, wie er historisch entstanden ist, warum kann nicht mit einer Regelung durch Einbahnstraßen eine vielleicht günstigere Lösung gefunden werden, die evtl. billiger bei leeren Kassen der Stadt zu realisieren ist?

Viele Bewohner des Viertels würden es der Stadtverwaltung danken, denn das Waldstraßenviertel kann nicht auf die grüne Wiese umgesetzt werden.

Im übrigen möchte ich an die gesprengte Universitätskirche erinnern, wenn auch die Kleine Funkenburg nicht diese historische Dimension erreicht.

Im April wähle ich deshalb die Persönlichkeit als Oberbürgermeister, die unsere Stadträte verpflichtet, bereits gefasste Beschlüsse nicht zu umgehen, die Meinung der Fachleute und engagierten Bürger zu achten und mit ihnen in Zukunft wieder gemeinsam zu handeln.

In unserer nächsten Ausgabe äußert sich Siegfried Schlegel, Stadtrat der PDS und Baufachmann, zu den hier aufgeworfenen Fragen.

SO SEHE ICH DAS



Glücklich ist, wer vergisst, was nicht mehr zu ändern ist. Und selig, wer sich so selber einseift. Der ganz normale Altenburger Mensch, der keinen Drang verspürt, unbedingt DDR-Opfer gewesen zu sein,

möchte nicht alles vergessen und deshalb zurück nach Sachsen.

Ausgelöst wurde der derzeitige Aufruhr bereits durch den Rückzug des irischen Billigfliegers Ryanair vor Jahr und Tag aus der Thüringer Landeshauptstadt und seiner Ansiedlung am Flugplatz Nobitz bei Altenburg. Den jetzt aber das Erfurter Verkehrsministerium unter CDU-Herrschaft mit fadenscheinigen Begründun-

gen für drei Wochen gesperrt hatte. Anfang Januar, als die Nobitz-Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, verkündete SPD-Landrat Sieghardt Rydzewski: „Wenn wir hier nicht gewollt sind, soll man uns nach Sachsen entlassen.“ Eigentlich kein allzu wichtiger Aufruhr, stünde er nicht quasi pars pro toto, als ein Teil fürs Ganze, fürs politische Ganze, um genau zu sein.

Thüringens Sachsen grollen

Altenburger wollen zurück. Aber was brächte das wirklich?

Aus Geschichtsbüchern geht hervor, dass der 1919 gegründete Freistaat Sachsen-Altenburg 1920 im Land Thüringen aufging. Genauer, Thüringen entstand aus den Fürstentümern Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meinungen ... Ziemlich sächsische das alles. So war es ganz gewiss keine blanke Willkür, Altenburg 1952 dem Land Sachsen zuzuordnen. Später kam Altenburg als Kreisstadt zur säch-

sischen Bezirksstadt Leipzig.

Einige mit der Wende aggressiv gewordene Bürgerrechtler nannten die seinerzeitige territoriale Strukturmaßnahme kommunistische Willkür und wollten Altenburg unbedingt zurück im Thüringer Freistaat wissen. 1990 beschloss der Kreistag, dass Altenburg aus dem Bezirk Leipzig nach Thüringen wechselt. Pikanterweise gab es vorher eine in diesem

Land ohnehin nur schwer durchzuführende Volksbefragung, die klipp und klar gegen diesen Wechsel gestimmt hatte. Soviel zur Demokratie hierzulande. Und soviel zu politischen Kopfständen, wenn „kommunistische Willkür“ getilgt werden soll. Ob es den jetzigen, wieder mit Sachsen sympathisierenden SPD-Landrat damals schon gab, tut nichts zur Sache. Jedenfalls gehört er mitsamt seiner Partei zu der Spezies, die glücklich ist,

wenn sie vergessen machen kann, was sie ihren Bürgern schon alles zumutete.

Der Kreis Altenburg mit etwa 110 000 Einwohnern liegt in jeder Beziehung in Thüringens letzter Ecke. Die Arbeitslosigkeit dort ist allerdings Spitze. Im Dezember des abgelaufenen Jahres war sie noch einmal von schon 20,6 auf 21,9 Prozent gestiegen. Und nun drohen von der Landeshauptstadt her auch noch massive Kürzungen im sozialen Bereich. Was hieße: kein Geld mehr für die sogenannten freiwilligen Leistungen der Kommune, für Theater, Schloss, Zoo, Bibliothek, Bäder, soziale Einrichtungen ...

Kein Einzelfall in Thüringen. Gar manche Stadt liegt mit der freistaatlichen CDU-Herrschaftlichkeit im Clinch. Suhl liebäugelt damit, sich Bayern anzuschließen, Schmalkalden, so heißt es, zieht es nach Hessen. Tja, und nun will Altenburg zurück nach Sachsen.

Bloß, was verbinden sich für Altenburger Hoffnungen damit, von der Traufe in den Regen zu kommen?

• MAXI WARTELSTEINER

Zuwachs an Erwerbslosen und Minijobs

Der Arbeitsmarkt 2004

Die Bundesagentur für Arbeit bezeichnete als Ursache für die weitere Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt die gespaltene Konjunktur. Einer lebhaften Exportdynamik stand eine kraftlose Binnennachfrage gegenüber. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg zwar um 128 000, jedoch nur durch Minijobs. Zugleich erhöhte sich die Zahl der Selbständigen um 138 000. Die Arbeitslosenzahl kletterte im Dezember auf 4,464 Millionen – ein Plus von 149 000 gegenüber Dezember 2003. Zunahmen gab es auch bei den unter 25-jährigen Arbeitslosen: um 58 600 auf 513 000. Langzeitarbeitslos waren zum Jahres-

ende 147 000 Personen mehr als vor einem Jahr, insgesamt 1,74 Millionen. Der Bestand an gemeldeten freien Stellen Ende Dezember betrug 225 400 – 12,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Deutschland verlor rund 300 000 Arbeitsplätze mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die Hälfte im produzierenden Gewerbe, während zugleich 430 000 Minijobs entstanden.

In Ostdeutschland stieg die Arbeitslosenzahl 2004 um 39 000 auf 1,604 Millionen. Dabei waren die Jüngeren mit einem Anstieg um 29 200 beteiligt. Die sozialversicherungspflichtigen Jobs gingen um 110 000 zurück, und der Stellenbestand stürzte bis Dezember um 26,7 Prozent. Dazu muss man in Betracht ziehen, dass die Hälfte nur Teilzeitangebote sind. Der Ausbildungspakt bewirkte

eine gewisse positive Trendwende bei der Bereitstellung von Ausbildungsstellen. Bis Ende Dezember konnte die Anzahl der nicht vermittelten Bewerber auf 15 000 verringert werden, das ist günstiger als vor einem Jahr. In Deutschland wurden 573 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen, drei Prozent mehr als 2003, im Osten davon 124 000. Für viele junge Menschen gehen allerdings bereits gleich nach der Ausbildungszeit die Lichter aus.

Die Bundesregierung ist auch nach sechs Jahren Amtszeit an ihrer inpolitischen Hauptaufgabe klar gescheitert, besonders im Osten. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass es in diesem Jahr zu einer Wende auf dem Arbeitsmarkt kommt, selbst dann nicht, wenn eine wirtschaftliche Belebung eintreten sollte.

2004 deutete sich auch klar an, dass die steigende Arbeitslosigkeit künftig mehr denn je von Arbeitszeitreduzierungen ohne Lohnausgleich, Einkommensreduzierungen, Minijobs und anderen Formen geringfügiger Beschäftigung begleitet sein wird. Auch sehen sich immer mehr Arbeitslose in eine Selbständigkeit gedrängt, die sie mit ihren außergewöhnlichen Belastungen so nicht wollten.

Das Jahr 2004 machte auch den Weg frei für einen „moder“ organisierten Arbeitsdienst für Langzeitarbeitslose. Das Arbeitslosengeld II, sofern die Betroffenen überhaupt darauf Anspruch haben, geht einher mit erniedrigenden 1-Euro-Jobs. Und schon tönt aus Unternehmerkreisen immer lauter die Forderung, die Grenzen ihrer Anwendung zu erweitern, die ohnehin kaum transparent sind. • J. SP. / G. L.

Mehr junge Arbeitslose

Von den 71412 Arbeitslosen im Raum Leipzig Ende des vergangenen Jahres waren 7614 jünger als 25 Jahre. Das sind 807 mehr als vor Jahresfrist. 930 Erwerbslose, 44 mehr als vor einem Jahr, sind gar erst jünger als 20 Jahre.

Aus dem Netz gefallen

Am Jahresende 2004 betrug im Bereich der Arbeitsagentur Leipzig die Anzahl der Langzeitarbeitslosen – über ein Jahr ohne Arbeitsplatz – und damit etwa der potenziellen Empfänger von Arbeitslosengeld II und 1-Euro-Jobber 32 785 (46,8 Prozent aller Arbeitslosen). Das sind 531 mehr als vor Jahresfrist.

ABM und Fortbildung begrenzt

ABM-Stellen und von der Arbeitsagentur geförderte berufliche Fortbildung sind offenbar Auslaufmodelle. Waren im Dezember 2003 in der Leipziger Region noch 3216 Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt, betrug ihre Anzahl im Dezember 2004 nur noch 2854. Ende 2003 nahmen noch 2313 Arbeitslose an Weiterbildungsmaßnahmen teil, im Dezember letzten Jahres waren es nur noch 1464. Diese rückläufige Tendenz dauert schon mehrere Jahre an.

Mehr Arbeitsplatzwechsel

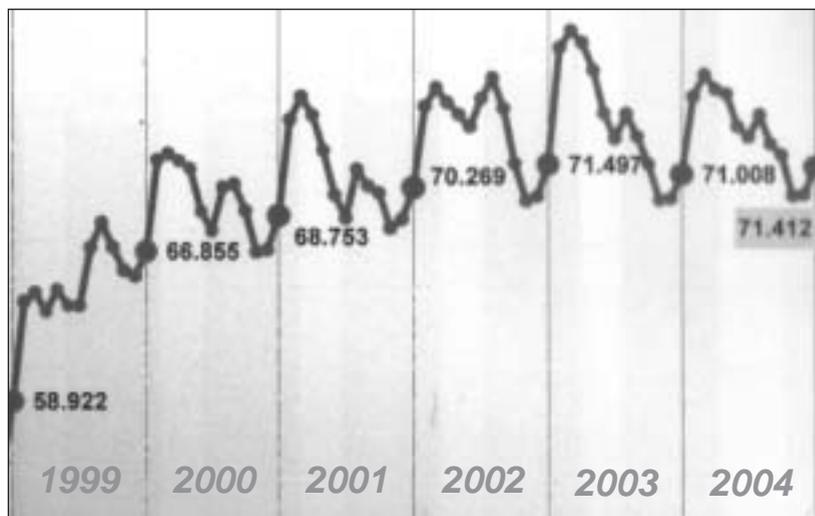
Noch schneller als die Anzahl der Arbeitslosen ist die Anzahl der bei der Leipziger Arbeitsagentur gemeldeten *Arbeitsuchenden* gestiegen, die neben den Erwerbslosen die nichtarbeitslosen Bewerber um eine Stelle einschließen. Offenbar spiegelt sich darin die sich ausbreitende Unsicherheit der Arbeitsplätze, der drohende Arbeitsplatzabbau wider. Die Anzahl der Beschäftigten, die eine neue Stelle suchten, stieg von Dezember 2003 bis Dezember 2004 um mehr als 1800 auf knapp 23 000.

Arbeit in Leipzig immer knapper – bezahlte Arbeit!

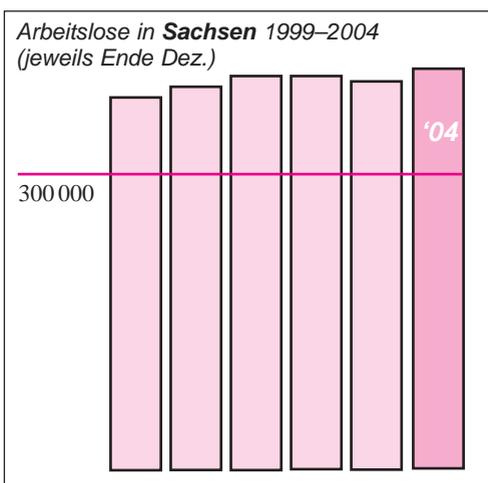
2005 sollte einmal ein Jahr der großen Hoffnung für Leipzig sein, denn im Mai nimmt BMW die Produktion auf. Im Lichte der Arbeitslosenbilanz des vergangenen Jahres und der gedämpften Prognosen für dieses Jahr sind aber die Erwartungen verflogen, dies könnte für Leipzig eine Entspannung oder gar eine Wende bringen. Die Mitarbeiter für das Leipziger Werk sind zum größten Teil bereits eingestellt, der Anteil ehemals Arbeitsloser an der Belegschaft ist sehr bescheiden, und Wunder sind nicht mehr zu erwarten.

Sozial rücksichtslose Rationalisierung – wie bei Banken und Sparkassen – sowie knappe Kassen in der Stadt Leipzig wie in den Kommunen des Territoriums lassen befürchten, dass es nicht bei den bisher schon angekündigten Entlassungen bleibt. Die Streichung von Investitionsvorhaben und Projekten sowie der allgemeine Sparzwang werden dazu beitragen, dass das Heer der Arbeitslosen weiter wächst. Wenn die Stadt hunderte Stellen streicht, die Mitarbeiter empfindliche Einbußen hinnehmen müssen und gleichzeitig hunderte 1-Euro-Jobs vergeben wurden, ist die Behauptung unglaublich, beides hänge nicht zusammen.

All das geschieht nicht als ein Einbruch in einer gesunden Entwicklungsphase, sondern als Verschlimmerung einer schon seit langem schlimmen Situation. Seit Jahren bewegt sich die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau, und sie steigt immer weiter, trotz Statistik-„Bereinigungen“. Unter dem Strich: Nach der BMW-Ankündigung von 2002 gibt es in der Region Leipzig trotz Bevölkerungsschwund rund 4700 Arbeitslose mehr! • G. L.



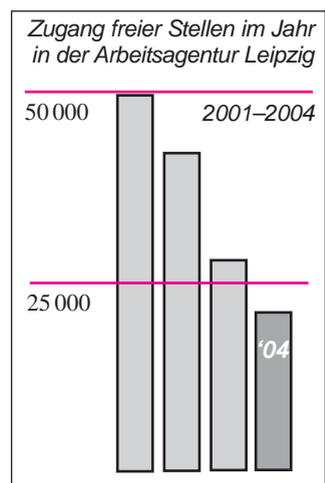
So entwickelte sich die Anzahl der Arbeitslosen im Bereich der Arbeitsagentur Leipzig in den vergangenen sechs Jahren. Die Zahlenangaben beziehen sich jeweils auf den Stand Ende Dezember.



Die Bewegungen auf Leipzigs Arbeitsmarkt

Durch Zugänge und Abgänge von Arbeitslosen sind im Jahresverlauf wesentlich mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen, als das die jeweilige Anzahl Arbeitsloser ausweist. Im Bereich der Arbeitsagentur Leipzig gab es 2004:

- 106 237 Zugänge und 105 833 Abgänge, darunter
- 12 666 Zugänge durch Beendigung von Weiterbildungsmaßnahmen und
- 45 496 Abgänge durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, 11 173 durch Beginn einer Weiterbildung und 37 705 durch Übergang in sonstige Nichterwerbstätigkeit (z. B. Rente).





Nach dem Eklat

Das Unbehagen nach dem Eklat mit der NPD im Landtag (s. nebenstehenden Beitrag) ist so enorm, dass sich auch CDU-Politiker bemüßigt fühlen, der klaren Entgegnung von Landtagsalterspräsident Prof. Cornelius Weiss beizupflichten und sich in Presseerklärungen deutlich von den rechtsradikalen Abgeordneten zu distanzieren.

Damit hat der kürzlich erzielte Konsens der demokratischen Landtagsparteien zum gemeinsamen Auftreten gegen die extreme Rechte eine erste Bewährungsprobe bestanden.

Die Vorfälle sind aber ähnlich wie nach den Landtagswahlen Anlass zu fragen, wie es überhaupt zu dieser Situation kommen konnte. Die CDU als langjährig allein regierende Partei muss sich dabei einige Fragen gefallen lassen:

War sie es nicht, die in den vergangenen Jahren weitgehend mit Ignoranz und Beschwichtigungen auf das immer dreistere Auftreten der Rechtsradikalen reagierte?

War sie es nicht, die jene Richter und Staatsanwälte in ihr Amt hob, die straffällige Neonazis bestenfalls mit Bagatelstrafen bedachten und ihr öffentliches Auftreten tolerierten?

War sie es nicht, die mit ihrer Unterstützung für Hartz IV ein Wählerpotential der Unzufriedenen schuf, bei dem die Neonazi-Partei (ähnlich, wie das vor 1933 geschah) Stimmen sammeln konnte? • G. L.

NPD mit provokantem Auftritt verbotsreif

LN. Die vergangene Woche im Sächsischen Landtag hat in erschreckender Weise verdeutlicht, wie wichtig die Vereinbarung der demokratischen Parteien zum Zusammengehen gegen die NPD ist.

Nicht nur, dass die Neofaschisten versuchten, sich mit der Forderung nach einem Untersuchungsausschuss zur Sachsen-LB zu profilieren, und bei geheimen Abstimmungen wiederum Abweichlern anderer Fraktionen mit ihren Anträgen eine Plattform boten – sie verstiegen sich zu einer frontalen Konfrontation, mit der sie die demokratischen Abgeordneten und die Öffentlichkeit brüskier-

ten, indem sie sich am 21. Januar weigerten, an einer Schweigeminute aller Parlamentarier für Nazi- und Kriegssopfer teilzunehmen, und geschlossen den Raum verließen. Landtagspräsident Ilgen hatte dazu aufgerufen, sich an den Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar und zum 60. Jahrestag der Zerstörung Dresdens und anderer sächsischer Städte zu beteiligen. Mit der Aufforderung zu einer entsprechenden Gedenkminute war er einem Antrag der NPD-Fraktion zuvorgekommen, die das Gedenken auf die Opfer des Angriffs auf Dresden beschränken wollte.

In einer Aktuellen Stunde des Landtags hatten die NPD-Abgeordneten Apfel und Gansel vom *Bomben-Holocaust* gesprochen und Gansel ergänzte später: „Der Bomben-Holocaust steht ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933.“

Vertreter der anderen Parteien verurteilten einhellig dieses Auftreten. PDS-Fraktionsvorsitzender Prof. Porsch stellte fest: „Die NPD-Abgeordneten haben sich mit den Reden endgültig als Parteigänger von Faschismus und Nationalsozialismus entlarvt.“ Damit liege neues Material für ein Verbotsverfahren gegen die NPD vor.

Familienwahlrecht

LN. Zu dem vom Ministerpräsidenten angestrebten Familienwahlrecht, bei dem im Interesse des Bevölkerungswachstums die Eltern für jedes Kind eine zusätzliche Stimme abgeben können, äußerte MdL Falk Neubert (PDS), dieser Rückgriff auf das im 19. Jahrhundert örtlich verbreitete Recht sei ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz. Er fragt, was Milbradt hindere, familienfreundlich zu handeln, so durch das Eintreten für ungehinderten Kita-Zugang.

Präsidien ade?

LN. Einer Festlegung in der Koalitionsvereinbarung folgend, hat die sächsische Regierung eine Kommission eingesetzt, die über die Zukunft der drei Regierungspräsidien in Sachsen befinden soll. Bis Ende Juni soll sie ihre Empfehlungen unterbreiten. Die PDS fordert seit Jahren die Abschaffung der Regierungspräsidien zugunsten einer fachlichen Stärkung und höheren Eigenverantwortung der Kreis- und Gemeindeverwaltungen sowie größerer Bürgernähe.

Skandal in Dresden

LN. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Dresdner Oberbürgermeister Roßberg sowie Fluthilfe-Koordinator und OBM-Berater Sehm. Dieser soll beim Hochwasser 2002 eine Privatinsolvenz beantragt und dabei Gelder am Insolvenzverwalter vorbeigeschleust haben, wobei er von Roßberg gedeckt wurde. Später wurden die Vorwürfe gegen den Oberbürgermeister wegen Beihilfe zum Bankrott um den Tatbestand der Untreue erweitert.

Proteste gegen Lehrer-Abbau

Die Ankündigung von Kultusminister Steffen Flath zu weiteren Streichungen im Schulbereich in den nächsten Jahren (s. Chronik) sind auf breiten Widerstand gestoßen.

Sabine Gerold, Vorsitzende der **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft** in Sachsen, rechnet nach den ersten Reaktionen in den Schulen mit harten Auseinandersetzungen. Angesichts vieler neuer Anforderungen an die Lehrer, des bisherigen Unterrichtsausfalls und des Fachlehrermangels gebe es für Flaths Forderungen keine Begründung. Sie forderte ein Personalentwicklungskonzept. Sie kritisierte die SPD, die im Koalitionsvertrag den Reduzierungen grundsätzlich zugestimmt habe. Die PDS kritisierte, dass der Landeshaushalt auf Kosten der Bildung saniert werden soll.

Nach Meinung der Chefin des **Lehrer-Verbands**, Ingrid Schwaar, ziehen die Kürzungen einen stärkeren Unterrichtsausfall und eine Senkung der Unterrichtsqualität nach sich.

Die **Grünen** konterten mit einem eigenen Personalkonzept, die **FDP** will mit einem Gesetzentwurf den Bestand der Schulen im ländlichen Raum sichern.

Der Sächsische Städte- und Gemeindetag warnte vor Schulschließungen und verwies auf steigende Geburtenzahlen.

Die PDS hat im Landtag den Entwurf für ein *Gesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung und die Freiheit des Zugangs zu Informationen* eingebracht. Dazu äußerte MdL Dr. Michael Friedrich:

„Noch immer vollzieht sich Verwaltungshandeln in Sachsen wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten unter dem Postulat des sogenannten Amtsgeheimnisses. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, entscheiden die Verwaltungen

Gesetz für öffentliche Verwaltung

jenseits aller Öffentlichkeit und bar jeglicher allgemeiner Zugangsmöglichkeiten zu den dort vorhandenen Informationen.“ Damit bleibe den Bürgerinnen und Bürgern in der Regel der allgemeine Informationszugang unabhängig von persönlicher Betroffenheit verschlossen. Für ihre Mitwirkung an der Meinungs- und Willensbildung, aber auch für die Transparenz und

Nachvollziehbarkeit von Verwaltungshandeln habe das verheerende Konsequenzen, wovon unzählige Rechtsstreitigkeiten vor allem in den Bereichen Wasser und Abwasser, Abfallentsorgung, Schulnetzplanung, Bauleitplanung, Auftragsvergabe und Windkraftnutzung zeugen. Um diesem anachronistischen Zustand abzuhelfen, soll der Artikel 34 der Sächsischen Ver-

fassung neu gefasst und in einem Öffentlichkeitsgesetz konkretisiert werden.

Künftig soll jeder das Recht auf Zugang zu den bei den Behörden und Einrichtungen des Landes, der Gemeinden und Landkreise vorhandenen Informationen haben, soweit dem nicht rechtlich geschützte Interessen entgegenstehen. Der Informationszugang sollte unbürokratisch und weitgehend kostenfrei gewährt werden. (LN)

11. Januar

Dresden. Die Landesregierung beschließt den Doppelhaushaltplan 2005/2006. Er ist mit 15,4 bzw. 15,5 Millionen Euro etwa so hoch wie 2004. Die Investitionsquote beträgt 22 Prozent. Für Kindereinrichtungen stehen mehr Mittel bereit. Bis 2006 sollen 5600 Stellen in Behörden wegfallen, 400 mehr als vorgesehen. Die Neuverschuldung ist rückläufig. Für Jugendarbeit sind rund 20 Prozent weniger Mittel veranschlagt.

Leipzig. Das sächsische Wirtschaftsministerium vergibt den Hauptauftrag für den Bau des City-Tunnels an die Walter Bau AG.

12. Januar

Dresden. Die Staatsanwaltschaft teilt mit, dass der mutmaßliche Rädelführer der verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“ nach einer Kautions- und Meldeauflagen bereits Ende Dezember aus der Untersuchungshaft entlassen wurde.

Dresden. Die Landtagsfraktionen von CDU, SPD, PDS, FDP und Grünen verabschieden eine gemeinsame Erklärung zum

Umgang mit der NPD im Landtag. Sie betonen den Vorrang der Verteidigung der Demokratie gegenüber Parteiinteressen. Es gelte NPD-Wähler, die sich mehrheitlich nicht mit den verfassungsfeindlichen Zielen identifizierten, zurückzugewinnen.

12. Januar

Dresden. Kultusminister Flath kündigt für die nächsten fünf Jahre den Abbau von 7500 der 33 000 Lehrerstellen – davon 3000 bis 2006 – sowie die Schließung von 100 der 465 Mittelschulen und von 25 der 144 Gymnasien in Sachsen an.

14. Januar

Dresden. In der Justizvollzugsanstalt wird die Geiselnahme des Seelsorgers durch einen Häftling unblutig beendet.

17. Januar

Thalheim. In einem Waldstück nahe

dem Erzgebirgsort stürzt ein Polizeihubschrauber ab, der eine vermisste Frau suchen wollte. Zwei der fünf Besatzungsmitglieder sind sofort tot.

19. Januar

Dresden. Der Landtag lehnt einen in demagogischer Absicht gestellten Antrag der NPD ab, einen Untersuchungsausschuss zu Vorwürfen gegen die Landesbank Sachsen einzusetzen.

Leipzig. Landräte des Regierungsbezirkes weisen den Vorschlag ihres Kollegen Czupalla zurück, den Kreis Delitzsch aufzulösen, nachdem dort nicht kurzfristig behebbare Haushaltprobleme zutage getreten waren. Die Landräte sehen darin keine Lösung der Schwierigkeiten.

20. Januar

Dresden. Bei der Wahl der Mitglieder

des Jugendhilfeausschusses des Landtages erhält die NPD erneut Stimmen aus anderen Fraktionen – fünf bzw. drei mehr, als sie selbst Abgeordnete hat.

Leipzig. Zur Überwindung des Ärztemangels in Sachsen werden in Kliniken zunehmend Mediziner aus Österreich eingestellt, wie ein Sprecher der Landesärztekammer mitteilt. Bereits 50 Ärzte haben sich bis jetzt beworben.

21. Januar

Chemnitz. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen den Oberbürgermeister und den Hauptamtsleiter von Zschopau vor dem Amtsgericht Marienberg wegen Untreue im Zusammenhang mit einer privaten Urlaubsreise.

Altenburg. Die thüringische Stadt denkt über eine Rückkehr nach Sachsen nach. Grund sind verminderte Zuschüsse vom Land. Laut Oberbürgermeister Wolf erlauben die fehlenden 4,5 Millionen Euro nicht mehr, Schloss, Theater, Zoo, Bibliothek, Bäder und andere Einrichtungen zu unterhalten. Die Sperrung des Flugplatzes Nobitz sei ein weiterer Anlass.

SACHSEN-CHRONIK

11. bis 24. Januar

Dr. Margarete Blank

Geb. am 21. Februar 1901 in Kiew, ermordet am 8. Februar 1945 in Dresden. Betrieb in Panitzsch bei Leipzig eine Arztpraxis und nahm sich als parteilose Hitlergegnerin der Kinder verhafteter Antifaschisten an und unterstützte polnische und französische Zwangsarbeiter. Im Juli 1944 verhaftet und trotz schriftlichen Protestes von über 200 mutigen Einwohnern aus Panitzsch hingebracht.

Dr. Carl Goerdeler

Geb. am 31. Juli 1884 im westpreußischen Schneidemühl, ermordet am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee. Von 1930 bis 1937 Oberbürgermeister von Leipzig. Unterstützte die Errichtung der faschistischen Diktatur, wurde aber vor allem wegen seiner bürgerlich-rechtsstaatlichen Auffassungen zum Hitlergegner. Gehörte dem christlich-sozialen antifaschistischen „Kreisauer Kreis“ (benannt nach dem schlesischen Wohnort von Graf Helmuth von Moltke) an und wurde von der bürgerlich-konservativen Opposition im Fall eines erfolgreichen Attentats auf Hitler als Reichskanzler betrachtet. Am 12. August 1944 verhaftet.

Walter Heise

Geb. am 8. September 1899 in Aschersleben, ermordet am 8. Februar 1945 in Dresden. Mitglied der SPD seit 1917, ab 1931 Mitgl. der KPD. 1934 zu 2 Jahren, 6 Monate Zuchthaus verurteilt. War Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und betrieb antifaschistische Arbeit in Probstheida und Stötteritz. Nach Denunziation am 15. Dezember 1944 verhaftet.

Albert Delp

Geb. am 8. September 1907 in Mannheim, ermordet am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee. Jesuitenpater, der dem „Kreisauer Kreis“ angehörte und vor allem Auffassungen von einer sozial gerechten Nachkriegsordnung in Deutschland vertrat. Am 28. Juli 1944 nach dem Früh-

Vor 60 Jahren

Kurz vor der Befreiung vom Faschismus wurden zielgerichtet Antifaschisten und Kriegsgegner ermordet. Gestapo-Chef Müller hatte versichert: „Wir werden nicht den gleichen Fehler machen, der 1918 begangen wurde. Wir werden unsere innerdeutschen Feinde nicht am Leben lassen.“ Zahlreiche Hinrichtungen in Zuchthäusern, Massenmorde in in den Ghettos und den Konzentrationslagern wie auch die Massaker auf den Todesmärschen von KZ-Häftlingen entsprachen diesem Nachkriegs- und Überlebenskonzept des deutschen Faschismus. Dem galt auch die Erschießung von rund 8000 „Fahnenflüchtigen“ in den letzten Kriegsmontaten.

Wir haben bereits in der vorigen Ausgabe über die Hinrichtung von zehn Leipziger Antifaschisten am 11. und 12. Januar 1945 berichtet. Angesichts der hohen Anzahl der im Januar und Februar 1945 von den Faschisten nahezu in letzter Stunde ermordeten Frauen und Männer ist es uns nicht möglich, jedes einzelne dieser Opfer gebührend zu würdigen. Daher werden nachstehend, stellvertretend für viele, einige von ihnen genannt.

• K. SCHN.

gottesdienst in München verhaftet.

Albert Kunz

Geb. am 4.12.1896 in Bennewitz bei Wurzen, ermordet am 23. Januar im KZ-Mittelbau Dora bei Nordhausen. A. Kunz war Mitbegründer der KPD in Sachsen, Stadtrat in Wurzen und ab 1931 Mitgl. des Preußischen Landtags. Im März 1933 verhaftet, wurde er von einem KZ ins andere verschleppt, in denen er den illegalen Lagerleitungen angehörte.

Dr. Theodor Neubauer

Geb. am 12. Dezember 1890 in Ernschwert an der Werra, ermordet am 5. Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg. Seit 1920 Mitgl. der KPD und 1921 in den Thüringer Landtag gewählt. Von 1924 bis 1933 Abg. des Reichstages. Mehrere Jahre Chefredakteur der „Freiheit“. Am 3. August 1933 verhaftet und bis 1939 in verschiedenen KZ festgehalten, zuletzt in Buchenwald. Nach seiner Entlassung schuf er einer illegale kommunistische Widerstandsgruppe, bekannt als Neubauer-Poser-Grup-

pe. Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Am 14. Juli 1944 verhaftet.

Helmuth Graf von Moltke

Geb. am 11. März 1907, hingerichtet am 23. Januar 1945 zusammen mit Ludwig Schwamb und Theodor Haubach in Berlin-Plötzensee. Der Völkerrechtler und Offizier Graf von Moltke, der einer alten schlesischen Adelsfamilie entstammte, war der führende Kopf der nach seinem Wohnort Kreisau benannten antinazistischen Widerstandsgruppe, der Menschen verschiedener sozialer Herkunft sowie weltanschaulicher und politischer Zugehörigkeit angehörten. Zusammen mit sozialdemokratischen Widerstandskämpfern, darunter vor allem Julius Leber und Adolf Reichwein, knüpfte er Kontakte zum kommunistischen Widerstand um Anton Saefkow.

Martin Schwantes

Geb. am 20. August 1904 in Drengfurth /Ostpreußen, ermordet am 5. Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg. Der 1933 von den Faschisten aus dem Schuldienst entlassene Lehrer war Mitglied der illegalen operativen Leitung der KPD in Magdeburg und Verbindungsmann zur Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Im August 1934 wurde er zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Im Juli 1944 erneut festgenommen, wurde er nunmehr am 1. November 1944 zum Tode verurteilt.

Richard Teichgräber

Geb. am 5. August 1884 in Dahlen, gestorben am 5. Februar 1945 im KZ Mauthausen. Von Beruf Schlosser. Ab 1906 Mitgl. der SPD. Von 1922 bis 1925 gehörte er der USPD- und später der SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat an. Danach Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von Sachsen. Organisierte nach Verbot der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 den illegalen gewerkschaftlichen Widerstand in Sachsen. Über zehn Jahre in mehreren KZ inhaftiert.

Was wird aus Polen? Diese Frage stellt sich jeder, der sich näher mit der Entwicklung in unserem Nachbarland beschäftigt.

Noch in diesem Jahr, voraussichtlich im Frühherbst, finden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt sowie das Referendum über die EU-Verfassung. 2001 waren die Wahlen überraschend vom Bündnis der demokratischen Linken (41,04 Prozent) gewonnen worden, das sich aus der Demokratischen Linksallianz (SLD) und der Arbeitsunion (UP) gebildet hatte. Die bei den Wahlen 1997 noch eindeutig dominierende Wahlaktion Solidarnosc (AWSP) konnte nicht einmal die für Wahlbündnisse vorgesehene Hürde von 8 Prozent überspringen und schied sang- und klanglos aus.

Nachdem eine Koalition der Linken mit der Polnischen Bauernpartei (PSL) vor allem wegen fehlender Maßnahmen gegen das Einkommensgefälle Stadt-Land geplagt war, regierte das Linksbündnis, in dem die SLD aufgrund ihrer Übermacht den Ton angibt, mit einer Minderheitsregierung. Insbesondere unter dem inzwischen zurückgetretenen Ministerpräsident Miller, der eine prokapitalistische Politik mit Steuergeschenken an die Reichen betrieb, haben aber die Linken inzwischen an Zustimmung verloren. Unruhen und Streiks bei der Eisenbahn, im Bergbau und Hüttenwesen, bei den Ostseefischern und im Gesundheitswesen, Blockadeaktionen der Bauern, Korruptionsaffären und Skandale charakterisierten seine Regierungszeit. Nach Umfragen würden gegenwärtig nur noch 10 bis 15 Prozent der Wähler das Bündnis wählen, das übrigens auch die Hälfte seiner Mitglieder verloren hat. Diese Einschätzung hatte sich bereits bei den

Zu einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig am 13. Januar über die Lage in Polen nach dem EU-Beitritt

Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2004 angekündigt, zu der 80 Prozent der Wähler den Gang zur Wahlurne verweigerten. Der neuen politischen Elite wird allgemein unterstellt, weniger am Gemeinwohl interessiert zu sein als an ihrem Eigennutz.

Dr. Holger Politt, Referent der Veranstaltung und Büroleiter der Rosa-Luxemburg Stiftung in Warschau, schätzte ein, dass das Wirtschaftswachstum in Polen zwar in der Tendenz gegenwärtig bei 5 Prozent liegt, aber das Bruttoinlandsprodukt bei einer Bevölkerungszahl von 40 Millionen nicht größer ist als jenes von Dänemark, das lediglich sechs Millionen Einwohner hat. Die Arbeitslosenrate beträgt, wie in Ostdeutschland, etwa 20 Prozent, wobei der Osten Polens bedeutend stärker betroffen ist als der westliche Teil. 80 Prozent der Beschäftigungslosen erhalten keine Arbeitslosenhilfe und sind auf die Sozialhilfe der kaum zahlungsfähigen Kommunen angewiesen. Das Gesundheitswesen ist marode. Das alles bedeutet, dass mehrere Millionen Menschen ohne Lohn oder staatliche Hilfen von der Hand in den Mund leben müssen, gewissermaßen in den Tag hinein. Die Mehrheit der noch Beschäftigten, ungefähr 70–80 Prozent, verdient monatlich nur 150 bis 200 Euro; 150 Euro beträgt umgerechnet auch die durchschnittliche Rente.

Am günstigsten ist noch die Situation der Menschen im oberschlesischen Steinkohlerevier. 120 000 Arbeitnehmer sind im

Blick auf unser östliches Nachbarland

Bergbau tätig, der gegenwärtig boomt, da China die Steinkohle abnimmt. Ein polnischer Bergmann verdient untertage monatlich zirka 6000 Zloty (1200 Euro). Im Gegensatz dazu steht die einst blühende Textilmetropole Lodz, wo es keinerlei (!) Produktion von Textilien mehr gibt. Etwas günstiger sieht es in der Landwirtschaft aus, in der 28 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung beschäftigt sind. Nach dem

Der Präsident und der Todeskuss

In diesem Jahr finden in Polen auch Präsidentschaftswahlen statt. Der jetzige Präsident, Aleksander Kwasniewski, kann nicht wieder gewählt werden, da die Verfassung eine dritte Amtszeit nicht zulässt.

Da seine Politik, insbesondere im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, sehr umstritten ist, wäre eine Wiederwahl auch zweifelhaft. Jetzt unterstützt er die Linken in Polen, aus denen er selbst hervorgegangen ist. Politische Analysten sprechen deshalb vom „Todeskuss“, den die Linke dadurch erhalten könnte. Mita binschika – „Tod durch den Kuss“ nennt man im Talmud das sanfte, schmerzlose Sterben ohne Kampf. M. B.

Beitritt zur EU am 1. Mai 2004 wurden die beträchtlichen Beihilfen für die Landwirtschaft sofort ausgezahlt. Das hatte zur Folge, dass einige Wirtschaften sich Traktoren und Maschinen kaufen konnten. Fleisch- und Milchproduktion stiegen, ihr

Export vervielfachte sich aufgrund der hohen EU-Preise. Es wird allerdings eingeschätzt, dass von dieser Entwicklung nur 15–20 Prozent der Bauernwirtschaften profitieren werden. Der Rest ist in Gefahr, auf dem Niveau der Selbstversorgung stehen zu bleiben.

Den Linken, die inzwischen durch Abspaltung einer sozialdemokratischen Plattform (SDPL) dreigeteilt sind, stehen nach Ansicht von Dr. Politt weitere drei politische Lager gegenüber, die jedes allein ungefähr so stark sind wie die Linken: das Bauernlager um die PSL, das neoliberale Lager und das national-katholische Lager. Man kann dieser Einordnung zustimmen oder nicht, deutlich sichtbar ist vor allem der Angriff der rechten Parteien, also der Liga der polnischen Familien (LPR), der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und der Bürgerplattform (PO), die eine Kampagne gegen das „Syndikat der Korruption“ bzw. die „Postkommune“ entfacht haben. Zur Zeit wird gegen den neuen Vorsitzenden der SLD, Jozif Oleksy, so etwas wie eine „Stasikeule“ geschwungen. Die Rechten wollen eine völlige Umkrempelung der politischen Struktur, verbunden mit einer Änderung der Verfassung, die das Ende der „3. Republik“ genannten gegenwärtigen Ordnung bedeuten würde und faschistoide Züge trägt.

Bis zur Entscheidung wird sicherlich noch viel schmutziges Wasser die Weichsel hinabfließen.

• MANFRED BOLS

Im Dezember des gerade abgelaufenen Jahres forderte Albert Prinz von Sachsen die Änderung von Teilen der Verfassung des Freistaats. Vor allem im Sozial- und Wirtschaftsbereich sieht der Enkel des letzten Königs aller Sachsen Möglichkeiten der Einflussnahme durch das Haus der Wettiner. Ein Witz?

Die Thüringer Blaublüter wollten zwar bloß Mäuse. Sind sie harmloser als die, die zum Geld nun auch noch Macht zurückhaben wollen? Kaum. Aber was könnten die 1918 geschasteten Adligen schon ausrichten, gäbe es nicht „das Hässliche politischer Missetaten“, wie unser Autor warnt. Hier aus aktuellem Anlass sein Rückblick nach Thüringen.

Von **KLAUS HÖPCKE**

Ich kann nicht Fürstendiener sein“, sagt in Friedrich Schillers „Don Carlos“ (Dritter Akt, zehnter Auftritt) Marquis von Posa im Gespräch mit dem König. Auf des Königs Einwände reißt der Marquis Grund an Grund, um vielfach verstärkt zu wiederholen: „Ich kann nicht Fürstendiener sein.“ Von denen, die gegenwärtig in Thüringen regieren, könnte das mit solchem Nachdruck keiner sagen. Und von den Abgeordneten des Landtags? Zwar nicht: keiner. Aber doch nur wenige. Denn durch einen am 4. Juli 2003 gefaßten Beschluß haben sie sich in ihrer Mehrheit zumindest als Fürstenbediener erwiesen. In Ausführung besagten Beschlusses waren bis 30. September 2003 zwei Millionen, bis 28. Februar 2004 zweieinhalb Millionen und dann bis 31. Mai 2004 elf Millionen Euro an die von Michael Prinz von Sachsen-Weimar-Eisenach vertretenen Angehörigen bzw. Nachkommen dieses Herzoghauses zu zahlen. Und man darf bzw. muß gewiß sein: Die Beträge – in der Summe 15,5 Millionen Euro – werden bis zum Termin pünktlich und vollständig überwiesen worden sein. Fröhliches Pfingsten der Feudalerben, wenn sie die in ihren fürstlichen Schatullen sich drängelnden Mäuse japsen, piepsen und quieken hören.

Zurückhaltende Betrachtung einiger Tatsachen

... In einem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 4. Mai 2004 veröffentlichten Aufsatz zur Bodenreform, in welchem nachgewiesen wird, daß Eigentum weder „staatsfest“ noch „geschichtsfest“ ist, schrieb Prof. Dr. Joachim Lege: „Die Alteigentümer wollen von der Wiedervereinigung in einer Weise profitieren, die über jedes berechnete Maß hinausgeht.“ Finden wir damit in verallgemeinernden Worten ausgedrückt, was auch Michael Prinz von Sachsen-Weimar-Eisenach persönlich verkörpert? Lassen wir mal „außen vor“, daß der Prinz vor 1989 bei einem Besuch in Weimar im Gespräch mit mir, damals stellvertretender DDR-Kulturminister, voll des Lobes war über die gute, vom Staate DDR sowohl fachlich-personell und fachlich-sachlich als auch finanziell stetig geförderte Tätigkeit der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar ... Derselbe Mensch nun erhob 1996 namens seiner minderjährigen Tochter Leonie, der Alleinerbin, und höchstpersönlich

eigennützige Interessen wahrnehmend (denn die Tochter erhält die eine Hälfte der herausgeschlagenen Summe, die andere teilt der Vater sich mit drei weiteren Personen), Rückgabe-Forderungen auf einen Großteil der im Goethe-Schiller-Archiv liegenden Klassikerschriften und andere Kulturgüter: Teile der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek, die Inventare von Wittumspalais, Schloß Tiefurt und Liszt-Haus, die Fürstengruft mit den Särgen von Goethe und Schiller, wichtige Bestandteile der ehemaligen Kunstsammlungen zu Weimar, eine wertvolle Grafiksammlung im Schloß und fast das gesamte Inventar der Wartburg in Eisenach. Er begründete sein Begehren mit der Behauptung, bei den Enteignun-

Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) rechtsfesten Widerruf hat es sich offenbar nicht gehandelt.

Rückgabefanatiker – übel, hastig, schlampig

Fast auf den Tag zwei Jahre nach der Schuchardtschen Stellungnahme, am 27. April 1998, erging aus dem Thüringer Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen ein entgegengesetzter Bescheid. Auf die Frage, ob Rückgabeanprüche zu Recht erhoben werden könnten, sagte das Amt: Ja.

In dem Amt wußte man: Schuchardts Chef, Dr. Bernhard Vogel, CDU-Ministerpräsident, will die Klärung hinausgezögert sehen. Daran lag ihm ganz offen-

ses her wurde wegen der Hast so ziemlich gegen alle parlamentarischen Regeln verstoßen, gegen die man da verstoßen konnte. Insbesondere wurde nicht Zeit für gründliche Beschäftigung gelassen. Die Abgeordneten von SPD, Grünen und PDS/Linke Liste stimmten 1994 im Bundestag gegen das Gesetz. 1998/1999 gab es Initiativen zur Überarbeitung und Änderung des Gesetzes. Die PDS-Fraktion im Thüringer Landtag brachte einen Antrag ein, der eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Gesetzes forderte. ... Als stärker erwiesen sich die Positionen von Personen wie Vogel und Behörden wie dem Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen. Zur Täuschung der Öffentlichkeit wurde so geredet, als müs-

15,5 Millionen Euro zahlte Thüringen für den „Verzicht“ auf zweifelhafte Ansprüche des Michael Prinz von Sachsen-Weimar-Eisenach

Feudale

gen nach 1945 sei sein Herzoghaus „Opfer von Staatsterror und Regierungswillkür“ geworden.

Feodoras Verzicht: Die Großherzogin übereignete

Des Prinzen Behauptung steht im Gegensatz zu der Tatsache, daß die Großherzogin Feodora als Generalbevollmächtigte ihres Sohnes, des Erbgroßherzogs Wilhelm Ernst Karl August (Michaels Vater), 1946 in einer Vereinbarung mit dem Landespräsidenten Thüringens, Prof. Dr. Rudolf Paul, den Verzicht ihres Hauses auf das Goethe- und Schiller-Archiv zugunsten einer zu errichtenden Stiftung öffentlichen Rechts erklärt hat. Die Vereinbarung ist am 10. Dezember 1946 in der schönen deutschen Stadt Detmold (britische Zone) von Feodora und Paul unterschrieben worden. Will der Prinz etwa das damalige London des Staatsterrorismus bezichtigen? Im Mai 1947 beschloß der Thüringer Landtag ein entsprechendes Gesetz über das Goethe- und Schiller-Archiv als Stiftung des deutschen Volkes.

Auf diese Rechtsakte stützte sich Dr. Gerd Schuchardt, SPD, der in der 1996 amtierenden CDU/SPD-Koalitionsregierung stellvertretender Ministerpräsident und Wissenschafts- und Kulturminister war, als er in einer Stellungnahme vom 30. April 1996 die Fürstenerforderungen ablehnte. Die Versuche, hiergegen einen Vollmachtswiderruf gegenüber Großherzogin Feodora ins Spiel zu bringen, waren nicht überzeugend. Im Thüringischen Hauptstaatsarchiv liegt die erwähnte Vereinbarung mit den eigenhändigen Unterschriften von Dr. Rudolf Paul und Feodora Großherzogin von Sachsen in den Akten des Büros des Ministerpräsidenten unter der Nummer 1820 vor. Gibt es jemanden, fragten wir schon seinerzeit, der die Echtheit, die Authentizität des Dokuments bezweifelt? Hingegen der Vollmachts-Widerruf: Wer hat ihn zu sehen bekommen? Was besagt er im einzelnen? Ist er Großherzogin Feodora zur Kenntnis gebracht worden und durch wen? Oder ist er ihr verheimlicht worden? Wie kommt es, daß sie sich – sofern er ihr bekannt gemacht wurde – über ihn hinwegsetzte? Wie ist es zu erklären, daß von seiten des Mannes, der den Widerruf notariell fixieren ließ, und seines Rechtsbestands keine Verwahrung eingelegt wurde – weder im Dezember 1946 noch im Mai und Juni 1947? Um einen nach § 172 des

sichtlich, weil er bei einer nach der nächsten Landtagswahl (1999) erhofften Regierungsbildung ohne SPD (zu der es auch kam) allein ganz andere – fürsten(be)dienliche – Entscheidungen herbeizuführen trachtete. Damit befolgte er die Linie des mit den Buchstaben EALG abgekürzten Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes vom 27. September 1994, auf das man sich in dem 1998er Amtsbescheid bezog.

Mit diesem Gesetz sollte teilweise ausgehebelt werden, was im Zusammenhang mit den deutsch-deutschen Verträgen über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in der Erklärung vom 15. Juni 1990 festgestellt worden war: daß die besatzungsrechtlich und besatzungs-

se sich die Regierung ins Zeug legen, um zu verhindern, daß die Handschriften Goethes und andere archivalische Unterlagen sowie Kunstschätze und Kulturgüter aus Weimar weggeholt werden. Sich dafür stark zu machen, lief aber mehr auf eine Pose hinaus. Denn trotz gelegentlich ausgestoßener nötiger Wegschaffedrohungen war klar: Nicht tonnenschwere Transporte wollte ein Nachfahre der einstigen Herrschaften von Sachsen und benachbarten Regionen in Bewegung setzen, sondern „Mäuse“ wollte er sehen, und die in Scharen. Und hurtig. ... Er agierte als ein Jünger des Nowismus: Nicht bald, sondern gleich, jetzt (now), unverzüglich soll erfüllt werden, was verlangt wird. Hiergegen Rückgrat zu zeigen, darum wäre es gegangen, und das hätte erfordert, für gleich und für künftig die Frage nach dem Eigentum der Stiftung Weimarer Klassik zu beantworten.

Dabei hätte man sich sogar auf eine in dem kritikwürdigen Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz enthaltene ordentliche Bestimmung berufen können. Satz 2 des ersten Absatzes von § 5 dieses Gesetzes läuft nämlich darauf hinaus, daß eine Rückübertragung u. a. dann nicht stattfinden darf, wenn „gemeinnützige Stiftungen in redlicher

Weise an dem Vermögenswert Eigentum erworben haben“. Es wird doch kaum einer darum herumkommen einzuräumen, daß die Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar im Sinne der im Stiftungsgesetz von 1947 vorgesehenen inhaltlichen Aufgaben gewirkt haben. Ganz klar, daß dies erst recht – „erst recht“, weil jetzt bis ins Stiftungsjuristische hinein, was zuvor noch nicht zutraf – für die heute bestehende Stiftung Weimarer Klassik gilt. Wer wollte bestreiten, daß es sich bei ihr um eine gemeinnützige Stiftung handelt, die in redlicher Weise an Vermögenswerten Eigentum erworben hat und diese zum Wohle der Allgemeinheit mehrt?

Zum politischen Umfeld des all solche Tatsachen und Überlegungen ignorierenden 1998er Bescheids aus dem Thüringer Landesamt für die Regelung als „offen“ bezeichneter Vermögensfragen gehört, daß die Rückgabefanatiker Aufwind



Über die Thüringer läßt es sich gut lachen: Michael Prinz von Sachsen-Weimar-Eisenach

hoheitlich 1945 bis 1949 vorgenommenen Enteignungen fortgelten. Das mußte auch die in Thüringen im Mai 1948 mit Landes-Gesetzeskraft ausgestatteten Enteignungen einschließen. Die Aushebelung bezog sich auf „bewegliche Sachen“ – u. a. beim Kulturgut. Die Eile, in der man, vom üblen Eifer getrieben, dabei handelte, hatte zur Folge, daß der Entwurf professionell schlampig gemacht wurde: Der Text unterschied (und unterscheidet bis heute) nicht zwischen Tellern, Stühlen, Tischen, Schränken sowie Gemälden und Büsten einerseits und Büchern und Archivalien andererseits; von letzteren hat der gesamte Bestand ständig zur Verfügung zu stehen, was von den Gesetzesbastlern „übersehen“ worden war, sie sprachen nur allgemein von beweglichen Sachen. Kein Wunder, daß der 66. Deutsche Archivtag vom 25. bis 29. September 1995 das Gesetz einer fundierten fachlichen Kritik unterzog. Von der Prozedur der Einbringung des Geset-

durch einen Auftritt Gorbatschows verspürten. Vor tausenden tosenden Großgrundbesitzern und deren Nachkommen sagte der in jenem Jahr im Berliner ICC: „Es wäre absurd, mir zu unterstellen, ich hätte die Unantastbarkeit der Enteignungen zur Bedingung der deutschen Einheit gemacht.“ Bei der Wahrheit war er mit dieser Aussage wieder einmal nicht geblieben. Der UdSSR-Ministerrat hat am 27. März 1990 genau das Bestrittene beschlossen – eine Woche nach der Volkskammerwahl und noch vor der Regierungserklärung de Maizières im April. Und vom Politbüro des ZK der KPdSU, dem Gorbatschow damals vorstand, erhielt Kwizinski als UdSSR-Verhandlungsführer für den 2+4-Vertrag eine ent-

sagte: „Daß dafür (für das Verbleiben der Kulturschätze im Lande) eine Kompensation fällig ist, ist weniger schön.“ Wieso „fällig“, frage ich da? Und: Wieso „schön“, bloß etwas „weniger“? Zugesagt hat mir hingegen ihre Bemerkung, die heutigen Vertreter des Hauses Sachsen-Weimar-Eisenach „mögen mehr Verantwortungsbewußtsein für Kultur entwickeln und ihren aufgeklärten Vorfahren nahefeiern“. „Bisher“, so die Abgeordnete weiter, „haben sie hauptsächlich deutlich gemacht, daß sie fiskalische Interessen haben.“ Fiskalische Interessen haben natürlich auch andere Menschengruppen, z. B. die Mehrheit der Bevölkerung. Die Landesregierung hätte ihrerseits deutlich machen können, daß ihr deren Interessen gemäß

liegenden Fall war und ist eine Folge, daß das Unerhörte geschehen konnte: Mit Staatsknete ist einer, der Millionär schon war, zum Multimillionär gemacht worden. Vollzogen haben das Staatsvertreter in Exekutive und Legislative. ...

Vom Fürstenterror gegen Bauern 1525 ...

Ein Fragezeichen habe ich mir im Landtagsprotokoll an den Rand der Zeilen gesetzt, in denen zu lesen steht, daß Birgit Klaubert sagte: „Erst wenn wir die Restkosten der Novemberrevolution begleichen, ist sie an dieser Stelle zu einem guten Ende gebracht worden.“ Moment mal: 15,5 Millionen Euro in Michael Prinzens Schatulle = Begleichen von Revolutions-„Restkosten“? Das ist ein starkes Stück. Zu „Restkosten“ der Revolution umempfunden werden Folgekosten des Verrats an der Revolution. Gelernt werden kann aus diesem Stück Geschichte doch nur, wenn wir begreifen: 1918 wurden die Fürsten in Deutschland abgesetzt, entmachtet, entthront, gestürzt. Ihre Herrschaft über Grund und Boden beruhte weitestgehend auf jahrhundertlangem Landraub. Durch kaiserliche, königliche und andere Privilegien, durch bauernruinierende Steuern und Abgaben begünstigt, wütete die feudale Oberschicht in gigantischem Ausmaß als Bauern-Enteigner. Gegen sie zu erheben, entsprach und entspricht dem Vermächtnis der Bauernkrieger von 1525, deren Kampf Werner Tübke mit dem Monumentalbild „Reformation – Revolution“ im Panorama auf dem Schlachtberg bei Frankenhausen 1988 ein bleibendes Denkmal gesetzt hat, auf dem Schlachtberg, den bestialischer Fürstenterror für 5000 von 8000 Bauernkriegern

e Enteignung der Fürsten. Birgit Klaubert erwähnte das. Für den Erfolg wären fünf-einhalb Millionen Stimmen mehr beim Volksentscheid nötig gewesen. Was wir begleichen, sind Folge- und Gegenwarts-kosten der Politik von Parteien und Personen, die damals und heute gegen die Fürstenteignung waren und sind. ...

Klassik-Stiftung in Reduktion

... Von den Fraktionen der Sozialdemokraten und der demokratischen Sozialisten im Thüringer Landtag haben die Abgeordneten Steffen Dittes und Michael Gerstenberger (beide PDS), Frieder Lippmann und Volker Schemmel (beide SPD) zu der Restitutionsvorlage Punkt für Punkt mit Nein gestimmt. Andere Abgeordnete beider Fraktionen haben am 4. Juli 2003 dem Beschluß teils in einzelnen, teils in sämtlichen Punkten zugestimmt. So fand die CDU-Mehrheit beim Vollzug eines Gesetzes, das von SPD und PDS im Bundestag abgelehnt worden war, Unterstützung von einigen Parlamentariern dieser Parteien, was nicht sehr folgerichtig war. ...

Diejenigen, die sich beim Waldverkauf zu einem Nein aufrafften, meinten vielleicht, so ihrer antifeudalen Denkart Ausdruck zu verleihen. Der schon durch die Wortwahl so anheimelnd klingenden „gütlichen Einigung“ aber mochten sie ihre Zustimmung nicht versagen. ...

Das Häßliche politischer Missetaten sollte weiterhin häßlich genannt werden dürfen. Ich habe angedeutet, inwiefern ich verstehen kann, wenn einige sich mit dem Gedanken, nun seien sie endlich von der ständigen Verunsicherung durch Restitutionsstreit frei, beruhigen. Dennoch: Erkauft für 15,5 Millionen Euro – eine häßliche Ruhe.

Trügerisch ist sie außerdem. Berichten über eine Tagung des Stiftungsrats der Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen am 22. April 2004 zufolge wird die Stiftung ob finanzieller Engpässe nicht mehr alle ihre Aufgaben wie bisher wahrnehmen können, wie Stiftungspräsident Hellmut Seemann das ausdrückte. Es kommt zur Aussonderung nicht in Weimar gelegener Stätten wie Stützerbach und Gabelbach. Der Zusammenhalt, in Jahrzehnten gewachsen, war gerade erst 1999 im Kulturstadtjahr als besonderer kultureller Wert hervorgehoben worden. Innerhalb der Stadt Weimar wird eine Einstufung der zur Stiftung gehörenden Häuser

in einen ersten, einen zweiten und einen dritten „Ring“ vorgenommen, und es fällt schwer, Beobachtern zu widersprechen, wenn sie sagen: Dritter Ring ist dritter Rang, bedeutet Fallenlassen in die Drittrangigkeit. ...

An der Reduktion allerdings mit Geldentnahmen, gewonnen aus der Veräußerung von Wald und Kunstbesitz, beteiligt zu sein – berührt das jemanden im Hause Sachsen-Weimar-Eisenach? Kommt es diesem oder jenem, dieser oder jener unangenehm, ja peinlich vor? Oder sagen sie allesamt barsch: Was wir betrieben haben, das ist doch heute so üblich.

Redaktionell gekürzter Text, der als Sonderdruck auch vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. (Rosa-Luxemburg-Stiftung in Thüringen)) herausgegeben wurde.

Mäuse

sprechende Direktive. Nein, um Wahrheit ging es bei diesem ICC-Auftritt nicht, sondern um eine Demonstration. Über der hätte als Motto, als „Losung“ stehen können: „Seht her: Ich kann Fürstendiener sein.“

Wald und Kunst verscherbelt

Die Thüringer Landesregierung – seit Herbst 1999 als pures CDU-Kabinett – verhielt sich in der Folge so, als wolle sie im Sprechchor nachhallend rufen: „Wir auch, Herr Ex-Generalsekretär.“ Vogel und seine Minister erklärten eine Revision der auf rechtliche Klärung zielenden Haltung der Vorgänger-Regierung. Sie redeten nur noch einer „gütliche Einigung“ genannten Regelung das Wort. ... Gekommen ist es nun am Ende der Verhandlungen in der „Restitutionsangelegenheit Sachsen-Weimar-Eisenach“ zum Abschluß eines Verschlechterungspakts folgenden Inhalts: Der Landtag begrüßte mehrheitlich die „gütliche Einigung“. ... Von den 15,5 Millionen Euro, die für die „gütliche Einigung“ gezahlt werden, also dafür, daß Michael Prinz und die Seinen auf Ansprüchen nicht bestehen, die sie – siehe oben – womöglich gar nicht haben, sollen sich summieren aus 4,5 Millionen aus dem Verkauf von Kunstobjekten aus der Stiftung Weimarer Klassik und der Wartburg-Stiftung und elf Millionen durch Veräußerung „forstfiskalischer Flächen, um Kompensationszahlungen finanzieren zu können“. (Forstfiskalisch = auch unbewaldete Grundstücke) Zu den „Kunstobjekten“, die man schon weggegeben hat, gehört z. B. der Nachlaß des Dichters Eduard Mörike.

... Feodoras 1946er Verzichtserklärung war den „Widerrufs“-Manövern juristisch so hoch überlegen, daß die Niederlage des Herzoghauses in dem vom Prinzen angestregten Archiv-„Rückgabe“-Verfahren klar abzusehen war.

... Harald Seidel, SPD, hat in der Debatte des Thüringer Landtags über die „Restitutionsangelegenheit“ genannte Thüringer Fürstenbedienung 2003 von abstruser, gotterbärmlicher Rechtslage gesprochen und gefragt: „Wann endlich schafft es der deutsche Rechtsstaat, diese blau-blütigen Krämerseelen ein für allemal in die Schranken zu weisen?“

Dr. Birgit Klaubert, PDS, äußerte sich in gleicher Richtung, in der Ausdrucksweise allerdings kaum übertreffbar milde. Sie

Verfassung näher stehen müssen als Sonderinteressen der Herzogseite. Es war und ist die Pflicht von Ministerpräsident und Ministern, deutlich zu machen: Auch in ihrem Land gilt Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes, der besagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“

Staatlich gekneterer Multimillionär

Statt sich ans Grundgesetz zu halten, sind Regierer und Abgeordnete (mehrheitlich) mit den Restitutionsanspruchserhebenden in gewisser Weise von sich aus, in eigener Entscheidung übereingekommen, fünf-zehneinhalb Millionen Euro zu zahlen, um die Verhandlungs-„gegner“ ruhig zu stellen. Und diese haben nicht gezögert, die Summe anzunehmen. Wie auch? Sie hatten die Zahlung schließlich verlangt.

... Viele fühlen sich daran erinnert, wie gleich nach 1990 Thüringer Kali-Interessen zum Vorteil hessischer Unternehmen zertreten wurden. Wie damals der korruptionsbezogene Hintergrundverdacht nicht verstummt ist, kommt auch jetzt die Frage wieder auf: Hat da jemand jemandem etwas in die Hand gedrückt? Ist es zu einer bankokratenähnlichen fürstlichen Einladung ins Adlon – oder in den Elephant – gekommen? Gelegentlich hört man auch den Satz: Ackermann und Esser lassen grüßen.

Für etliche an den Entscheidungen und deren parlamentarischer Absegnung Beteiligte kann der Ackermann/Esser-Gruß unzutreffend sein, liebe sich einwenden. Meine Antwort: Das ist zu hoffen und wohl auch als wahrscheinlich anzunehmen. Aufs Fürstenbedienen dürften die meisten eher anders eingestellt worden sein: „lediglich“ geistig. Man „ist dabei“, man sperrt sich nicht. Geld der öffentlichen Hand wird auf die Konten von Feudalen gehievt. Solches Vorgehen erscheint in Ordnung, wenn man sich vorstellt, auszugehen sei wie ehemals von der Eigentumsordnung aus der Kaiserzeit. Das entspricht dem Zeitgeist. Daß der ein Ungeist ist: man will es nicht merken. Meine Frage(n): Sollten wir das, was stattgefunden hat, mentale Anpassung nennen? Oder härter mit einem Wort, das in einschlägigen Wörterbüchern steht, als „intellektuelle Korruption“ bezeichnen? Juristisch unterscheidet sich diese von materielle Bestechung wesentlich. Politisch aber wirkt sie nicht weniger schlimm. Im vor-



Dr. Jürgen Aretz, Thüringer Kulturstaatssekretär und Verhandlungsführer mit den Adelshäusern, begründete die zu beschließende „gütliche Einigung“ mit dem Haus Sachsen-Weimar-Eisenach am 4. Juli 2003 im Landtag mit der kühnen Behauptung: „Dieses Privateigentum wurde nach 1945 unrechtmäßig enteignet.“

zur Todeswüste machte. Danach haben sie vor Mühlhausen Thomas Müntzer umgebracht. Vierhundert Jahre später waren die adligen Herrschaften Seite an Seite mit Industrie- und Bankkapitalisten im Weltkrieg 1914–1918 auf Eroberung anderer Länder aus. Und als ein Hauptbestandteil des Offizierskorps peinigten viele von ihnen die so schon geschundenen Soldaten der Armee des eigenen Landes. Daß es bei der Fürstentemachtung nicht blieb, daß in der Revolution Errungenes von denen, die nachher in Ämter kamen, und solchen, die in ihren vorher schon innegehabten Ämtern blieben, preisgegeben wurde: das gehört doch zu den Tatbeständen, mit deren Folgen wir es bis heute zu tun haben, wenn es um Grund und Boden wie um kulturelle Schätze geht. 14,5 Millionen Deutsche stimmten im Jahre 1926 für die e n t s c h ä d i g u n g s l o s

An stark bewegenden musikalischen Erlebnissen mangelte es in Leipzig auch in der zweiten Januar-Hälfte nicht. Das wohl erregendste Ereignis bleibt MDR-Chorchef Howard Arman mit dem erschütternden Oratorium „Ein Kind unserer Zeit“ von Michael Tippett im 4. Rundfunkkonzert zu danken. Der vor hundert Jahren geborene englische Komponist schuf das Werk während des zweiten Weltkrieges als unmissverständlichen Protest gegen die zum Vernichtungsfeldzug gesteigerte Judenverfolgung der deutschen Faschisten, zugleich aber als unüberhörbaren Ruf nach wahrhafter Menschlichkeit. Den 17-jährigen Herschel Grynszpan, dessen Attentat auf einen deutschen Botschaftsrat 1938 als Vorwand für die Pogromnacht des 9. November 1938 genutzt wurde, sieht Tippett als Opferlamme. Betrachtende und handlungsbewegte Chöre, beschreibende Rezitative, Sologesänge und ergreifende Spirituels (in der Bedeutung von Chorälen einer Passion) formte der Komponist zu einem bezwingenden Ganzen, dass auch zum Nachdenken über gegenwärtige Probleme der Welt anregt. Mit dem MDR-Chor und -Sinfonieorchester, Solisten aus England und den USA schuf Howard

Michael Tippetts Oratorium auch Kind der heutigen Zeit

Konzertante und szenische Operaufführungen

Arman eine Aufführung von überragendem Format. Starke Eindrücke erweckte zudem die konzertante Aufführung der Oper „Andrea Chenier“ von Umberto Giordano im 5. Konzert „Zauber der Musik“. Das Schicksal des französischen Dichters André Chenier, einem Anhänger der französischen Revolution, der als Gegner des jakobinischen Terrors drei Tage vor dem Sturz Robespierres noch hingerichtet wurde, demonstriert erschütternd (wenn auch „opernhafte“ zugespitzt), wie die Revolution ihre Kinder vernichtet. Als Dirigent führte Günter Neuhold (zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit an Stelle eines erkrankten Kollegen) souverän und ausdrucksstark gestaltend mit den Rundfunk-Klangkörpern und hervorragenden Solisten (in den Hauptpartien Robert Dean Smith als Chenier, Adina Nitescu als Maddalena, Philippe Rouillon als Gérard) zu einer Aufführung von beispielhafter

theatralischer Geschlossenheit. Ungetrübte Freude bereiteten in der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater zwei gründlich einstudierte konzertante Aufführungen von Mozarts „Zauberflöte“. Solisten, Chor und Orchester sangen und spielten mit echter Musizierfreude. Helmut Kukuk und in der zweiten Aufführung der Examenkandidat Jens Lietzke führten das Orchester mit Elan. Yoo-Ra Lee-Hoff als souveräne Königin der Nacht, Birger Radde als beeindruckender Tamino in beiden Aufführungen, Viktorija Kaminskaite und Anna Lisovskaia als Pamina, Christoph Hülsmann und Benoit Capt als Sarastro. Felix Plock und Thomas Streipert als Papageno aber auch die Sänger der anderen Partien beeindruckten mit ihren Leistungen.

Im Opernhaus erlebte die dramatische Legende „Fausts Verdammung“ von Hector Berlioz eine Wiederaufnahme.

Die Probleme der Inszenierung Daniel Mesguichs bleiben. Die Fülle der Bilder und szenischen Vervielfachungen gehen auf Kosten der Musik, zumal Robert Chafins schöner lyrischer Gesang wenig dramatische Impulse besitzt, Partnerbeziehungen fehlen und auch der nun am Pult stehende Ivan Anguelov das Gewandhausorchester kaum herausfordert. Starke Eindrücke gehen nur von Cornelia Helfricht als Marguerite und dem neu verpflichteten Metodie Bujor als Méphistophélès aus.

Von den sinfonischen Konzerten bleibt vor allem das Gewandhauskonzert mit dem russischen Dirigenten Dmitri Kitajenko und Kolja Blacher als sicheren Solisten des zweiten Violinkonzertes von Dmitri Schostakowitsch zu bedenken. Mit seiner knappen, aber energischen Zeichengebung schafft es Kitajenko, die ihm aufgeschlossen folgenden Gewandhausmusiker schon in Peter Tschaikowskis Ouvertüre „Romeo und Julia“, bei Schostakowitsch und schließlich in der fünften Sinfonie von Sergej Prokofjew zu einem imponierend zusammenfassenden, für russische Orchester charakteristischen Klang zu führen.

• WERNER WOLF/
IRENE HEMPEL

Er gehörte an der 1946 wieder eröffneten Leipziger Hochschule für Musik zu jenen Studenten der ersten Nachkriegsgeneration, die nicht nur Musik machen wollten, sondern sich aktiv am Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung beteiligten: Arnim Michel, vor 75 Jahren am 30. Januar geboren. Da waren zuerst in dem durch Bomben schwer beschädigten Hochschulgebäude noch Trümmer zu räumen. Ihm kam es aber auch darauf an, dass die vom Faschismus verursachten geistigen Trümmer aus den Köpfen seiner Mitstudenten ausgeräumt wurden.

Nach dem Studium lehrte Arnim Michel zunächst in Dresden Klavierspiel. Einer Aspirantur und der Assistenz an der Leipziger Mu-

In memoriam Arnim Michel

sikhochschule folgte die Berufung zum Dozenten. Über die musikalische Ausbildung hinausgehend war er den ihm anvertrauten Studenten Förderer, Freund und Ratgeber. In seinem Repertoire als Konzertpianist erhielt die Musik des 20. Jahrhunderts eine gewichtige Stellung. So spielte er unter anderem in einem der damals neu eingerichteten Jugendkonzerte des Gewandhausorchesters den Klavierpart der Konzerte für Klavier, Trompete und Streichorchester von Dmitri Schostakowitsch, in Klavierabenden die zweite Sonate des Komponisten und die spieltechnisch äußerst anspruchsvolle, selten zu hören-

de zweite Klaviersonate von Sergej Rachmaninow.

Höhepunkte Arnim Michels Wirken schufen 1959 die Aufführung des Capriccio brillant für Klavier und Orchester zum 150. Geburtstag Felix Mendelssohn Bartholdys in Leipzig und 1966 die des Klavierkonzerts von Max Reger im Gedenkkonzert am 50. Todestag in Meiningen. Konzerte in weiteren Städten der DDR sowie Klavierabende in der damaligen CSSR, in Ungarn und Rumänien brachten dem Künstler viel Anerkennung. Doch am 30. August 1968 brach nach einer Bandscheibenoperation der Tod die hoffnungsvolle Laufbahn jäh ab.

• WERNER WOLF

Von MICHAEL ZOCK

Ein wichtiger Film“, „Ein wunderbarer Film“, „Ein bemerkenswerter Film“ – so lauten die austauschbaren Werbekürzel zum jüngsten Kinogeschichtskurs „Napola“, der zur Zeit nicht nur das Publikum irritiert. Ein Beispiel: Die umfangliche, wohlwollende Rezension eines Kritikers im *Neuen Deutschland* und in der gleichen Ausgabe das Prädikat „nicht zu empfehlen“ einer anderen Kollegin. Was wiederum ratlose Leserbriefe hervorrief. Es war klar, dass nach den Diskussionen um „Der Untergang“ auch diese neue deutsche Produktion ins Visier der Medien gerät. Am Premierentag ein ungewöhnlich umfangliches Filminterview im Frühprogramm des *Deutschlandfunk* mit Helmut Karasek, einem einstigen Napolazögling. Der fand den Film des jungen Regisseurs Dennis Gansel „recht beachtlich“. Mit kritischerem Blick moniert die Kritikerin einer ganz anderen Generation im Leipziger *Kreuzer* die „vielen romantisch-

FF Dabei DER FILM - UND FERNSEH - LINK

Wenn Jungen boxen und weinen...

Hakenkreuz-Irritationen im Kino

kitschigen Einstellungen“. Der Film bleibt auf „halben Wege“ stehen, findet der ältere Kollege der *LVZ*. Der Beispiele gibt es mehr. Was nun? „Napola“ bleibt leider auf ganzem Wege stehen, wenn es um das Durchleuchten gesellschaftlicher Zusammenhänge geht. Das schulisch braune Anstalts-umfeld verkommt bei genauerem Betrachten zunehmend zur Staffage. Nationalsozialistischen Erziehungsanstalten waren bisher kaum Filmthema. Ergänzend dazu eine frühe Äußerung Hitlers (nicht aus diesem Film!): „Ich brauche Leute mit kräftigen Fäusten, die nicht von Prinzipien aufgehalten werden,

wenn es gilt jemanden umzubringen.“ Regisseur und Drehbuchautor Dennis Gansel blendet da zuviel aus. Er konzentriert sich auf die familiären Brüche zwischen Vätern und Söhnen, und die aufkeimende Freundschaft zweier Schüler. Das neutralisiert die politischen Hintergründe des Themas. Einerseits leider nur flüchtig angedeutet mit einer (unglaublich!) gefälschten Unterschrift und angedrohten politischen Erpressung des boxenden Arbeiterjungen gegenüber seinem Vater, weil der ihm die Nazischule verbietet. Andererseits umfänglich und sensibel geschildert der Selbstmord eines

späteren Mitschülers und Freundes, der die Erwartungen seines Papas (natürlich ein Gauleiter!) nicht erfüllt. Da gibt es ohne Zweifel berührende Momente, auch dank sensibler Hauptdarsteller. Das größte Manko des Films bleibt eine unintelligent angehäuften Zeitsymbolik (Hitlerbilder, Hakenkreuze, Uns're Fahne flattert uns voran, Heilrufe) und die schon im Drehbuch angelegte Geschichtslosigkeit. Das ist schade und unverzeihlich! Da waren Wolfgang Staudte in „Rotation“ kurz nach dem zweiten Weltkrieg und Bernhard Wicki in „Die Brücke“ Ende der 50er Jahre bei ähnlichen Themen weitaus authentischer. Beide Arbeiten sind derzeit als Video zu betrachten und zu empfehlen. Wer mindestens Jahrgang 1993 ist darf sich jetzt laut Freiwilliger Selbstkontrolle „Napola“ im Kino ansehen. Diesem jungen Zuschauer müsste sehr viel erklärt werden. Das spricht nicht für den Film. Vielleicht war es Zufall: Die Jugendlichen an meinem Kinotag begaben sich mit ihrer Lehrerin lieber auf eine „Reise um die Erde in 80 Tagen“. Neben mir saßen in „Napola“ die Jahrgänge 1935 bis 1960.

Brutale Politik auf der Bühne

In der Neuen Szene in Leipzig wird zur Zeit der Muse des Trauerspiels, Melpomene, gehuldigt. Thomas Dehler, eigentlich Schauspieler, hat für seine Arbeit mit den Schauspielstudenten ins Regiefach gewechselt und zeigt uns seine Interpretation eines Stückes von Fausto Paravidino: „Peanuts“. Der junge Italiener gehört in seiner Heimat zu den meistgespielten Gegenwartsdramatikern. Er versteht seine Stücke als politisches Theater.

Eine laute und illustre Jugendkultur wird überschäumend durchgeführt, jede Spielart, jedes Abziehbild, vom Punk bis zum Kiffer, ist vertreten. Im zweiten Teil offenbart sich das Ende der Spaßgesellschaft. Die Protagonisten sehen sich nach zehn Jahren wieder, unter anderen Umständen, in den Folterkellern der italienischen Polizei. Erstaunlich, wer zu wem mutiert ist.

Regisseur Thomas Dehler arbeitet mit kräftigen, an Deutlichkeit nicht zu übertreffenden Bildern. Assoziationen an irakische Foltergefängnisse erwachen genauso zum Leben, wie die Litanei eines Innenministers, der im Namen der Demokratie auch noch die letzten Bürgerrechte am liebsten abgeschafft sähe. Hintergrund sind die brutalen Übergriffe der Polizei auf Demonstranten am Rande des G8-Gipfels 2001 in Genua.

Die Mischung von gestandenen Schauspielern (Julia Berke und Torben Kessler) mit den jungen Wilden (Oliver Firit, Steve Wrzesniowski, Natascha Mamer, Bastian Semm, Georg Tielmann) hat sich wieder bewährt.

• D. M.



„Der Bär auf dem Försterball“ ist eines der bekanntesten Kinderbücher von Peter Hacks. Sprachlich originell und prägnant wie ein altes Märchen, dabei von zeitlosem Humor und erfrischend frei von didaktischer Zielsetzung wird die aberwitzige Geschichte vom Bären erzählt, der auf dem Försterball inkognito mit seinen Erzfeinden um die Wette zecht, um schließlich volltrunken als „Oberförster“ selbst zur Bärenjagd zu blasen, die natürlich vergeblich verläuft.

Ohne die wunderschönen Illustrationen von Walter Schmögner ist diese Geschichte vom Bären kaum vorstellbar. Sie machen das Buch, das 1972 zum ersten Mal erschienen ist, zu einem kleinen Gesamtkunstwerk und in dieser Gestalt ist es zum Klassiker geworden. Die vierfarbige Neuauflage erschien im Eulenspiegel Verlag (32 Seiten; 9,90 Euro).

Kurzweilige Zeitreise durch einen Wunderstaat



Richtige Geschichten aus einem falschen Leben – der Untertitel verrät es bereits: Hier wird dem zeitgenössisch-verordneten DDR-Bild etwas mit Witz und Intelligenz entgegengesetzt.

Matthias Krauß, einst Student an der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität und von 1986–1989 Redakteur der Magdeburger Märkischen Volksstimme, liefert in 24 Texten eine feuilletonistisch aufbereitete, heiter-ernste Auseinandersetzung mit den Höhen und Tiefen der Deutschen Demokratischen Re-

publik. Sein oberstes Credo: „...ich habe diesen Staat nicht gehaßt und bin mir dennoch seiner Grenzen bewußt gewesen ... Ich genoss ... den Vorzug, von ihm als Fördermensch behandelt worden zu sein und kann mich auch heute noch eines Gefühls der Dankbarkeit nicht erwehren.“

Mit fein dosierter Ironie schildert er seine NVA-Erfahrungen, etwa wie er mit dem Überbestand an Leuchtraketen fertig wurde. Oder wie er unfreiwillig den FDJ-Bezirkssekretär in den hektischen Wendezeiten zu Fall brachte. Man fühlt sich in die wilden Herbstmonate zurückversetzt. Dagegen erscheint die Geschichte vom gefundenen Schädel zunächst makaber, gleichzeitig aber aufgrund seiner Jugendwildheit entwaffnend naiv. Hervorzuheben das Kapitel „Wie ich dem Rundfunkmechaniker das DDR-Fernsehen offenbarte“. Dort erfährt der Leser, warum Westbauern die DDR-Ernteschlacht-Berichterstattung vermissen und ein „Schwarzer Kanal (reloaded)“ Sinn machen würde. Aber auch was es mit dem „Lügen-Hunderter“ auf sich hat.

Dem Rezensenten hat Matthias Krauß in seinem letzten Buchkapitel aus dem Herzen gesprochen, in dem er die peinliche Naivität der Texte (noch harmlos und wohlwollend ausgedrückt) von Claudia Ruschs *Meine freie deutsche Jugend* und Jana Hensels *Zonenkinder* anhand ausgewählter Textstellen bloßstellt.

Matthias Krauß' Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit gehört für mich zum Besten dieser Kategorie.

• D. M.

Matthias Krauß: *Der Wunderstaat. Richtige Geschichten aus einem falschen Leben.* Anderbeck Verlag, Anderbeck 2004. 160 S., broschiert, zahlr. Abb., 9,80 Euro.

Schwarzenberg, ein bildkräftiger erzgebirgischer Ortsname, kommt in Volker Brauns neuester Prosa in mehrfacher Bedeutung vor: Er steht für das in den Maitagen 1945 unbesetzte Gebiet, das dem bei Suhrkamp erschienenen Band als Titel gut ansteht, und der Ortsname kehrt dann noch zweimal wieder im anschließenden (zweiten) Teil des Buches, worin ebenfalls, nun thematisch weiter ausgreifend, Geschichte in Geschichten erzählt wird. Nunmehr heißen die Überschriften *Die Geschichte von Schwarzenberg* und *Die Geschichte vom schwarzen Berg*. Gibt Braun in dem erstgenannten Prosatext quasi eine Kurzgeschichte der *Amtshauptmannschaft Schwarzenberg in den Mai- und Junitagen 1945* (auf zwei Seiten), kann man in der auf neun Zeilen verknüpften zweiten Geschichte vom schwarzen Berg eines der Motive erkennen, das den in diesem Jahr 65 gewordenen Autor bewog, der Geschichte im überregionalen und gar philosophischen Sinn auf den Grund zu gehen und mit dem Blick auf die Gegenwart und Zukunft zu befragen:

In dem schwarzen Berg, in dem wir uns befinden, Völker, Staaten – in Not und Ungewißheit die einen, die anderen harsch handelnd, Projekte machend die dritten – und alle wissen eine Welt, und die andern können darin nicht leben – „Die Geschichte wiederholt sich nicht, doch wo etwas nicht Geschichte wurde und Geschichte nicht gemacht hat, wiederholt sie sich durchaus“, sagt Bloch, was ich, eben darum, wiederhole.

Was im Titel *Das unbesetzte Gebiet* im räumlich-geografischen Sinn als Handlungsort benannt ist, ist im zeitgeschichtlichen Sinn einer jener Augenblicke, die Braun früher schon einmal *Seltenzeit* genannt hat. Meist sind es kurze, nur Monate oder Tage sich bietende Möglichkeiten, ohne staatliche oder parteiliche Bevormundung zu handeln wie jene Männer und Frauen in Schwarzenberg, von deren Leben hier im Interregnum zwischen Krieg und Frieden Bericht gegeben wird. Sind es hier die jüngeren Flöze im sächsisch-erzgebirgischen Bergmassiv, gräbt Braun in denen mit dem Obertitel *Im schwarzen Berg* nach denen, die in früheren Zeiten von sich reden machten: von Max Hölz und Ernst Schneller bis hinunter zu den älteren Flözen aus dem Jahr 1508, als der Bergmann Oswald Barthel dort verschüttet wurde: ein Beispiel dafür, dass – 600 Jahre später – die ganze *Formation rutschte* und damit nahezu verschüttet werden konnte.

Dem stofflich-regionalen Neuland, das Braun mit diesen Geschichten betrat und dabei lernte, die *Literatur als Bergwerk* zu betrachten (so lautet ein Epitaph auf den Bergmann Franz Fühmann), korrespondieren zwei Schriftstellernamen, die beim

Schreiben dieser Prosa Pate gestanden haben: der Kalendergeschichten-Verfasser Johann Peter Hebel und der Anekdotenverfasser Heinrich von Kleist, dem man schon in *Der Staub von Brandenburg* begegnen konnte. Aber auch das erzgebirgische Idiom fließt, als wörtliches Zitat kenntlich gemacht, in das Reden und Denken der Leute um Paul Korb in Schwarzenberg und Umgebung (sie reicht bis hinauf nach Oberwiesenthal) mit gelegentlich dresdnerischer Färbung ein. Kein Zweifel: an ihrer Sprache kann man sie erkennen, die sie fern von jeder Theorie zeigt. Die Geschichten *Vom schwarzen Berg* werden mit einer ganz heu-

dem Chronisten erlaubten Ausführlichkeit und bis ins geschichtliche Detail gehenden Genauigkeit. Auf diesen Texten ist die kunstvoll aufgetragene Patina des 19. Jahrhunderts nahezu in jedem Satz zu schmecken. In beiden Erzählungen tritt der Kriminalfall je eines Menschen aus dem sozialen Wurzelgeflecht eindringlich hervor, der erstere vogtländisch-dörflich, der zweite zu dem 1821 in Leipzig am Friseur Woyzeck statuierten Exempel in Beziehung gesetzt, mit dem Juristen Döhnel als handelnder Person, den „Fall“ abschließend mit dem Satz: *Die Hinrichtung fand am 27. November 1823 auf dem Marktplatz*

Zwischen „Schwarzenberg“ und „schwarzem Berg“

Neue Prosa von Volker Braun

tigen beschlossen. *Theaterhölle* hat sie der Autor überschrieben, jenem Terroristenauftritt in Moskau, der mit einer Katastrophe endete. Kein schöner Ausblick in die Zukunft! Da hilft nur Zurückblättern auf die erste Seite von *Das unbesetzte Gebiet*, auf der Kafka – wahrhaftig unverdächtig, ein politischer Revolutionär gewesen zu sein – mit Sätzen zu Wort kommt, die hoffen lassen:

Der entscheidende Augenblick der menschlichen Entwicklung ist immerwährend. Darum sind die revolutionären geistigen Bewegungen, die alles Frühere für nichtig erklären, im Recht, denn es ist noch nichts geschehen.

Dass es Volker Braun bei seinen geschichtlichen Exkursen auch darum zu tun war, eine mit dem Namen Braun verknüpfte Begebenheit sich erzählend anzueignen, fand bestätigt, wer im Mai dieses Jahres diesem Autor bei seinem Besuch im Haus des Buches zuhören konnte, als von seinem Vater in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs die Rede war. Um ein Jahrhundert früher spielen dagegen die beiden Erzählungen, die der Insel Verlag vor Monaten bereits herausbrachte: *Der berüchtigte Christian Sporn* und *Ein anderer Woyzeck*. Letztere, in Carlsfeld spielend, nicht weit von Schwarzenberg entfernt: Beide Erzählungen sind dem Erzähl- und dem historischen Wortbestand nach *Aus den Akten* bzw. *Nach Döhnels Darstellung* ins 21. Jahrhundert hinüber transformiert. Diesmal in der

in Schwarzenberg statt.

Waren es in *Das unbesetzte Gebiet* die Schwarzenberger des Jahres 1945, die Braun mit lapidaren Sätzen Zeugnis von ihrem Tun geben ließ, hört beim erzgebirgischen Woyzeck die verzweifelte Klage eines Mannes, der dem Vater der Geliebten schon das bittere Ende dieser Geschichte voraussagt: denn ohne sie, könne er nicht leben. Fern von Berlin ist Volker Braun in ein Revier vorgedrungen (diesmal lag es nicht, wie in seiner Jugend *über Tage*), dessen Eigenart es mit sich brachte, seine schriftstellerischen Tagwerke mutmachend weiter zu schreiben:

Das bergmännische Verfahren, so sehr es im Dunkeln gräbt, ist das der Literatur gemäße, und auch die Freude, das Bangen, ein Licht anzuzünden (bei der Nacht), ist mir seit der Verdunkelung im Krieg vertraut. Indes, wir kehren nirgends auf Dauer ein: weshalb wir wohl seltsame Bergleute sind.

• KLAUS SCHUHMAN

Volker Braun: *Das unbesetzte Gebiet. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2004. 136 S., gebunden. 16,80 Euro.*

Volker Braun: *Der berüchtigte Christian Sporn. Ein anderer Woyzeck. Zwei Erzählungen. Mit Illustrationen von Joachim John. Insel Verlag, Frankfurt am Main 2004. 78 S. (Insel-Bücherei Nr. 1259). 11,80 Euro.*

Vermutlich im Fieberwahn, verursacht durch eine Lungenentzündung, stürzte am 9. Februar 1930 aus dem Schlafzimmer seiner Mansardenwohnung in Berlin am Lützowufer 37 Paul Levi in den Tod – nur wenige Schritte von der Lichtensteinbrücke entfernt, wo am 15. Januar 1919 Soldateska die Leiche Rosa Luxemburgs in den Landwehrkanal geworfen hatten.

Der Kreis schien geschlossen, galt Paul Levi doch oft neben Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als das dritte große L. Etwas Unvorstellbares, Erschütterndes schien für seine Anhänger geschehen. Die Linken in und außerhalb der SPD hatten ihren kaum ersetzbaren Fürsprecher verloren. Albert Einstein fand die Worte: „Er war einer der gerechtesten, geistvollsten und mutigsten Menschen, die mir auf meinem Lebensweg begegnet sind.“

In seinem Wahlkreis 30 (Chemnitz-Zwickau) war der schwäbelnde Intellektuelle „unser Paul“. Mit ihren roten Fahnen und den Worten „Dem Bannerträger der Revolution!“ auf der Schleife des Kranzes drückten sie ihre tiefe Trauer bei seiner Beisetzung aus. Beschämend verhielt sich die KPD-Fraktion im Reichstag, die bei der Trauererhöhung durch Paul Löbe den Plenarsaal verließ. Es war jenes Verdikt gegen den einstigen Vorsitzenden der Partei, das über Jahrzehnte andauern sollte.

Es war wohl vor allem Levi's Partei- und Demokratieverständnis, das diesen Eklat ausgelöst hatte, Auffassungen, die aufs engste mit denen Rosa Luxemburgs korrespondierten. Beide waren selbstbewusst, eigenwillig im Denken und Tun, auf Parteebene kaum zu disziplinieren. Sie ergänzten sich beiderseitig. Luxemburg, die theoretische

Levi's Parteauffassung

Zum 75. Todestag des ehemaligen KPD-Vorsitzenden Paul Levi (1883–1930)

Denkerin, er, der taktisch-situativ agierende Realpolitiker und Parlamentarier – beide begnadete Redner. So kämpften sie nach 1914 gegen die „Vaterlandsverteidiger“, suchten über die Spartakusgruppe den Weg zu einer sozialrevolutionären Partei, die sich deutlich vom Leninschen Parteityp abheben sollte. Einer Partei, der die Kontroverse Luxemburgs mit Len-



Paul Levi, Federzeichnung vermutlich von Walter Victor

ins Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ und ihre Gefängnisschrift „Die russische Revolution“ zugrunde liegen sollten. In ihr hatte sie bei Hervorhebung der Leistungen der Bolschewiki zugleich vor den Folgen der Unterordnung der Demokratie unter den Zentralismus gewarnt.

Levi, der im Besitz des Manuskripts war, bekundete 1921 in einem Brief an Clara Zetkin, dass die Veröffentlichung dieser Schrift herangereift sei, da der

Gang der russischen Revolution die Auffassungen Luxemburgs rechtfertigte. Es waren Erkenntnisse, die in das von beiden entworfene Programm des Spartakusbundes einfließen: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsmacht übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nicht anders als Kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“

Vierzehn Tage nach der Annahme des Programms durch den Gründungs-Parteitag der KPD (Spartakusbund) waren ihre Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht heimtückisch ermordet. Levi, nun an die Spitze der jungen

Partei berufen, folgte den Intentionen der Mordopfer, eine sozialrevolutionäre Partei zu entwickeln, die Magnetwirkung besitzt, um alle linken Kräfte zusammenzuführen. Ein Ansinnen, dem sich viele Hindernisse entgegenstellten: das Wirken anarchosyndikalistischer, anti-gewerkschaftlicher wie antiparlamentarischer Gruppen. Levi wollte im Nachgang die überhastete Gründung der Partei korrigieren, eine flexible Taktik anwenden, die den tatsächli-

chen Bedingungen entsprach. Deshalb befürwortete er während des Kapp-Putsches 1920, die bürgerliche Republik zu verteidigen und die demokratischen Errungenschaften zu nutzen. Dem folgte am 8. Januar 1921 der „Offene Brief“ an alle Arbeiterorganisationen mit der Aufforderung, gemeinsamen zu handeln und die sektiererische Haltung gegenüber SPD, ADGB und Weimarer Republik aufzugeben. Dieser Kurswechsel stand der Kommunistischen Internationale mit ihren „21 Bedingungen“ entgegen. Levi sah in ihnen ein „bloßes Advokatenwerk“, das zur Schwächung der linken Kräfte führen werde. Er hielt die Beschlüsse der KI gegenüber den westeuropäischen Sektionen für kontraproduktiv, auf Einschränkung ihrer Selbstständigkeit ausgerichtet. Die Kanonisierung des Leninschen Parteityps, so betonte er, sei „für eine Internationale von Massenparteien verderblich“. Er forderte Autonomie, sah in dem Einfluss der russischen Partei in der KI die Gefahr ihrer Instrumentalisierung für die sowjetische Außenpolitik.

Der Konflikt mit der Parteiführung schwelte seit seinem Rücktritt als Vorsitzender am 21. Februar 1921. Er spitze sich durch die abenteuerliche Offensivtheorie zu, die in den Märzkämpfen in Mitteldeutschland zur Taktik erhoben wurde. Ein verantwortungsloses Spiel mit der Existenz der Partei, mit ihren Mitgliedern und Anhängern.

In seiner am 3./4. April in Wien geschriebenen Broschüre „Un-

ser Weg – wider den Putschismus“ charakterisierte Levi die Märzaktion als den „größten bakunistischen Putsch in der bisherigen Geschichte“, als Bruch mit dem Marxismus und den Idealen Rosa Luxemburgs. Die Antwort der Zentrale der KPD war sein Ausschluss aus der Partei am 15. April 1921 „wegen Disziplinbruch“.

Levi resümierte seine bitteren Erfahrungen 1924 in dem Aufsatz über „Luxemburgismus und Leninismus“: „Es besteht ein absoluter Gegensatz zwischen den Auffassungen von Lenin und Rosa Luxemburg über das Wesen der proletarischen Partei und den Gang der Revolution. Jene, die Leninsche Auffassung, sah in der Partei einen absoluten, nach Gedanken, nach Willen, nach Anschauung homogenen Kreis, der notwendigerweise klein an Zahl, dank seiner Geschlossenheit, im geeigneten Moment große Massen führen kann. Wir sagen, daß diese Auffassung entsprang und gebunden war an die besonderen russischen Verhältnisse der Revolution: Absolutismus, Feudalismus, Illegalität jeder Arbeiterbewegung... In den westlichen Ländern gewann die proletarische Partei ein anderes Gesicht. Sie war kein Klub mehr von absolut homogenen fertigen Menschen, fertig mit sich und der Welt, sondern die Partei war der Willensausdruck von Millionen Proletariern, die so sind, wie sie einmal die Geschichte gebildet hatte: mit den Merkmalen legaler Unterdrückung, mit Schwäche im Willen, mit oft unklaren Vorstellungen, mit Illusionen. Sozialist ist nicht der, der diese Schwächen nicht sieht.“

Levi's Konsequenz war die entschiedene Absage an das bolschewistische Parteimodell, seine Rückkehr in die SPD-Linke.

• HELMUT ARNDT

Noch einen Tag zuvor hatten die Bolschewiki die Arbeiter gewarnt: „Am Sonntag, vor dem Winterpalais, wenn man euch überhaupt bis dahin verlassen wird, werdet ihr sehen, dass ihr vom Zaren nichts zu erwarten habt.“ Als am 22. Januar 1905 dennoch 140.000 Arbeiter, ihre Frauen und Kinder mit Kirchenfahnen und Heili-

Vor 100 Jahren

Petersburger Blutsonntag

gen- und Zarenbildern vor dem Palast ihre durch Krise und russisch-japanischen Krieg verschärfte Not beklagten und um Abhilfe baten, wurden die un-

bewaffneten Bittgänger auf Befehl des Zaren mit Gewehrsalven empfangen. Über 1000 wurden getötet, etwa 5000 verwundet. Am Abend dieses Tages wurden in der Stadt die ersten Barrikaden errichtet. Tags darauf reagierten die Arbeiter Moskaus mit Generalstreik. Eine Welle Proteststreiks, die in militärischen Auseinandersetzungen

gipfelten, erfasste in den folgenden Wochen das Land. Die Bolschewiki gewannen zusehends an Einfluss, die Arbeiteraktionen wurden immer stärker von ökonomischen und politischen Forderungswen geprägt. So begann die bürgerlich-demokratischen Revolution in Russland, die bis 1907 andauerte. Höhepunkte waren der Aufstand auf

dem Panzerkreuzer „Potemkin“ im Juni 1905 und der Moskauer Aufstand im Dezember.

Wichtigstes Ergebnis der Revolution waren weniger die begrenzten Schritte zur Demokratie im politischen Lebens Russlands als die Impulse für die revolutionäre Strategie der russischen wie der internationalen Sozialdemokratie. • L.

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (32)

Am 17. April 1785 kam Friedrich Schiller auf Einladung von Christian Gottfried Körner nach Leipzig. Hier suchte und fand er die gewünschte Ruhe. Er wohnte anfangs im „Blauen Engel“ (Petersstraße 20), danach in der Hainstraße 5 und schließlich von Mai bis September 1785 in der Menckestraße 42, im heutigen Schillerhäuschen. Hier arbeitete er am Don Carlos, an seiner Zeitschrift *Thalia* und an der ersten Fassung des Liedes *An die Freude*. Auch später besuchte Schiller wiederholt Leipzig.

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Schillers im Jahr 1859 wurde der Straße zwischen dem Stadtgraben und

Schillerstraße, Schillerweg, Schillerplatz

der Stadtmauer, die statt des schmalen Moritzdamms angelegt wurde, der Name Schillerstraße gegeben und das Schil-

lerdenkmal errichtet. Offiziell wurde der Straßennamen jedoch erst 1899 vergeben.

Auch in Gohlis hatte es bereits eine Schillerstraße gegeben (erster Nachweis 1863). Sie verlief zwischen den Gohliser Gutsgärten und den nördlichen Feldern und damit direkt entlang an jener Holunderlaube, in der Schiller gearbeitet hatte. Nach der Eingemeindung von Gohlis nach Leipzig beschloss der Stadtrat, dass keine Namensdoppelungen erlaubt seien. Darauf wurde der Name der Schil-

lerstraße in Gohlis gestrichen. Man war jedoch wenigstens so klug, dass man aus drei kleinen Straßen (darunter der Schillerstraße) den Schillerweg machte. Auch in Wahren wollte man 1906 den großen Dichter ehren, der von Gohlis aus nach Wahren und Möckern spazieren gegangen war. Darum erhielt ein Platz seinen Namen. In Gohlis stehen jedoch noch weitere Straßennamen in engem Zusammenhang mit Schillers Aufenthalt hier. So gab man der Straße auf den Schloßwiesen seinetwegen

den Namen Poetenweg. Auch seinen Gastgebern und Freunden wurden Straßen gewidmet. Die Stockstraße (1906) erinnert an den Kupferstecher Johann Michael Stock (1737–1773) und seine beiden Töchter Dorothea Stock (1760–1832), die Schiller zeichnete, und Maria Körner (1762–1843), deren Mann Schiller eingeladen hatte. Sie war übrigens die Mutter von Theodor Körner. Zur Familie Stock gehört auch der Stiefsohn des Kupferstechers, Gustav Georg Endner. In seinem Haus verkehrte Schiller freundschaftlich; nach ihm wurde die Endnerstraße benannt. • DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

So um die 19 Jahre alt muss Eva Maria ten Elsen gewesen sein, als ich über sie und ihre erste von einer DDR-Schwimmerin errungene Olympia-Medaille – Bronze, aber immerhin – aus Melbourne berichtete. Inzwischen steuert sie auf die siebzig zu – darf man das über eine Frau überhaupt schreiben? – und zuweilen lese ich Artikel ihrer Tochter. Nur zuweilen, weil sie mir zwar eine exzellent recherchierende Journalistin zu sein scheint, aber in der Ära, als alle Doping-Raketennöhre auf den DDR-Sport gerichtet waren, Übereifer beim Formulieren der Anklagen bekundete. Wohl gemerkt: Das ist ihre Sache.

Apropos Drogen. Die große Anti-DDR-Sturzwelle ist abgeebbt, nachdem der Appell an alle Athleten, Schadenersatzansprüche zu stellen, nur ein dürftiges Echo gefunden hatte. In Heidelberg trafen sich dieser Tage Wissenschaftler, um das Thema eher „allgemeiner“ zu erörtern, und formulierten ein Sieben-Forderungen-Programm, dessen erste Feststellung lautete: „Doping erfasst in immer größerem Maße auch den Freizeitbereich.“ Das ist – schlicht gesagt – ein alter Hut. Seit Jahren werden Tönen von Dopingmitteln in den Fitnessstudios der Welt umgesetzt. Die Nachricht, dass unlängst 4,65 Millionen Päckchen des Blutdopingmittels Erythropoietin auf Zypern gestohlen worden waren, lieferte nicht mal mehr Schlagzeilen. Dass dadurch die Preise über Nacht fielen, erschien der Branche schon bemerkenswerter. Fragen Sie mich nicht, was die Menschen bewegt, sich mit Dopingmitteln vollzustopfen? Zwei LN-Seiten würden nicht reichen, wenigstens die wichtigen Gründe aufzulisten. Der erste scheint mir die Feststellung zu sein, dass weltweit nur mehr auf Jobchancen hoffen kann, wem pralle Gesundheit und stählerne Kraft aus den Augen leuchten. Dahinter folgt irgendwann die Eitelkeit derer, die – aus ähnlichen Motiven – besser aussehen möchten als der Nachbar, die Kollegin,

der Rivale im Rennen um den Job. Hinter den Mengen, die mit diesen Motiven umgesetzt werden, verschrumpft die Dosis, die die Spitzensportler verbrauchen, inzwischen zur Lappalie. Und da die Legende von dem kleinen Land, das als einziges in der Welt seine Athleten mit bunten Pillen zu Medaillen trieb, um das eigene – natürlich politische – Ansehen zu befördern, langsam weit

gen Rechnungen pünktlich zu bezahlen, könnte sich mit meiner Vermutung begnügen, dass garantiert auch künftig Geld des Steuerzahlers, wie er und ich, in diese Grube fließen wird. Und im Jahr 2030 – so die kühnen Pläne – wird die Stadt Leipzig dann das Stadion für einen einzigen Euro zurückkaufen können. Teilte jedenfalls die Journalistin mit. Zwischendurch soll man natürlich

Sportkolumne

Einst und jetzt

hinter Grimms Märchen zurückgefallen ist, untersuchen die Wissenschaftler allgemeine Dopingfragen immer häufiger. Allerdings scheint das sogenannte öffentliche Interesse an den Erkenntnissen rapide zu sinken. Die politischen Sponsoren-Geldquellen sind versiegt und das Interesse der Medien erloschen. So erzählte man sich in Heidelberg, dass einer der das Treffen arrangierenden Professoren 500 Euro aus seiner Brieftasche fingern musste, damit die Honorare für die Vortragenden bezahlt werden konnten. Ein altes Thema wurde nebenbei wieder ausgegraben: Lance Armstrong soll sich bei seinen Tour-de-France-Siegen gedopt haben. Behauptungen hier, Dementis dort. Fakt ist: Bei der Tour wurde seit Jahrzehnten gedopt und niemand wird daran in Zukunft etwas ändern können.

Zurück zu Grit Hartmann, der Tochter der ersten Medaillengewinnerin, die 2 Zeichen der Zeit? – bei ihrer Themenwahl von Doping zu Korruption wechselte. Sie mühte sich dieser Tage emsig, den Dunstschleier zur Seite zu schieben, der die Geschäfte um das Leipziger Stadion verhüllt. Bekannt war, dass der so knappkassige Staat 80 Millionen Euro hergegeben hatte, um das Stadion in WM-Fasson zu bringen. Nun will es der Besitzer, ein Filmhändler, verkaufen und ein abenteuerlustiger und wohl auch ein wenig abenteuerlicher Käufer – von Beruf angeblich Geldhändler – soll Interesse bekundet haben. Wer unter unseren Lesern in dieser Branche kundig ist, soll erfahren, dass einer der Pfeiler dieses Handels eine „Leasingoptionsrate“ sein soll. Wer ohnehin Mühe hat, alle fälli-

dort auch Fußball-Weltmeisterschaft erleben können.

Es hat sicher einiges für sich, wenn man Details kennt, wie es jemand anstellt, ein Stadion zu kaufen, um dann damit viel Geld zu machen. Das Problem bleibt: Bislang sind Reihen der erfolgreichen Lebenskünstler in dieser Branche dünn.

Und auf die Gefahr hin, dass jemand aus hinteren Reihen schreit: „Keine Nostalgie und keine Ostalgie!“ riskiere ich dennoch, daran zu erinnern, wie dieses Stadion einst entstanden ist, und auch daran, dass Tausende daran mitgewirkt haben. Ohne Leasingoptionsrate, sogar ohne zu fragen, wie viel pro Stunde bezahlt wird, und erst recht nicht, wie viel mit diesem Stadion verdient werden soll. Verdien ich deswegen den Vorwurf, altmodisch zu sein? Sollte man nicht auch heute guten Gewissens für Stadien und Sportplätze werben dürfen, an denen nur der Sport und die Jungen und Mädchen, die ihn dort treiben, gewinnen? Leipzig hat genügend Bauskandale erlebt, wird sicher auch in Zukunft welche erleben und vor allem damit leben müssen. Aber sollte es nicht erlaubt sein, danach zu fragen, ob das Selbst-am-Sport-um-jeden-Preis-verdienen-wollen etwa von uns jubelt werden soll? Es gibt immerhin Werte, die man bewahren sollte, so wie man in Leipzig und anderswo vieles zu bewahren sich bemüht. Wenn das für den Sport nicht mehr gelten soll, müssten wir konsequenterweise auch die 2:53,3 min. vergessen, die Eva Maria ten Elsen am 8. Juni 1956 in Leipzig schwamm und die damals Weltjahresbestzeit waren und ihr den Weg nach Melbourne ebneten.

Darf's ein bisschen Sport mehr sein?

Leipzig beendete das Sportjahr 2004 mit der Clubteams Europameisterschaft im Handball der Frauen. 2005 will die Stadt dem Slogan „Sportstadt Leipzig“ treu bleiben. So gibt es eine Reihe internationaler Wettkämpfe und Meisterschaften in Leipzig. Unter anderem finden folgende internationale Sportveranstaltungen statt:

- 2. L.E.-Athletics am 6. Februar in der ARENA
- Weltcup im modernen Fünfkampf vom 28. April bis 1. Mai
- Karate-Europameisterschaft am 3. und 4. Juni in der ARENA
- 3 Spiele im Rahmen des Confederations-Cup im Fußball im Zentralstadion, wobei das Spiel Brasilien – Griechenland am 16. Juni bereits ausverkauft ist.

Dabei gab es weit mehr Interesse für Sportveranstaltungen in Leipzig. Im Februar sollten die Deutschen Hallen-Leichtathletikmeisterschaften in der ARENA stattfinden. Doch leider spielen die Konzertbesucher mehr Geld ein ... Nun gibt es diese Meisterschaften Anfang März in Sindelfingen. Vom Deutschen Leichtathletikverband war im vergangenen Jahr zu hören, dass er weiterhin an internationalen und nationalen Wettkämpfen in der „Sportstadt Leipzig“ interessiert sei – die ARENA biete für Hallenwettkämpfe die besten Voraussetzungen.

Vielleicht kann ja Leipzig sogar für das Internationale Leichtathletik-Hallenmeeting einspringen. Dort sind die Sponsoren ausgegangen, obwohl in den letzten Jahren bei den Meetings etliche Welt- und Europarekord aufgestellt wurden. Eine große Chance für die „L.E.-Athletics“, sich im internationalen Wettbewerbskalender zu etablieren. Und gäbe es noch ein „richtiges“ Leichtathletikstadion, dann könnte Leipzig auch hochkarätige Freiluftveranstaltungen ausrichten.

Da nicht alle Mitarbeiter der Bewerbungskomitee Leipzig 2012 GmbH den Rücken gekehrt haben, dürfte fachkundiges Organisatoren-Personal in Leipzig geblieben sein. Eventuell könnte der ehemalige Geschäftsführer der GmbH etwas für das Geld tun, das er noch bis Ende dieses Jahres erhält, die – wohl gemerkt – ihre Tätigkeit zum 30. September 2004 einstellte.

• H. E.

Fußball: Fakten, Fakten, Fakten

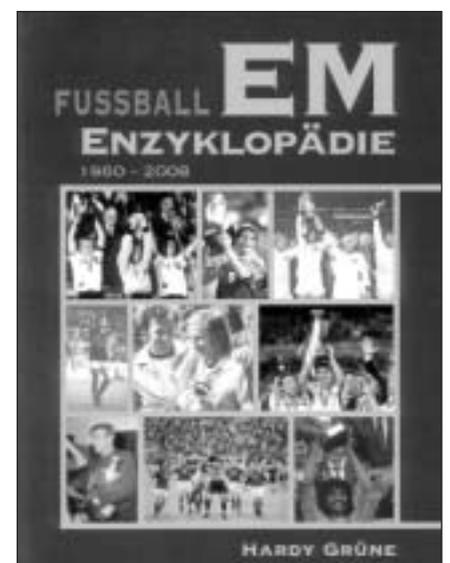
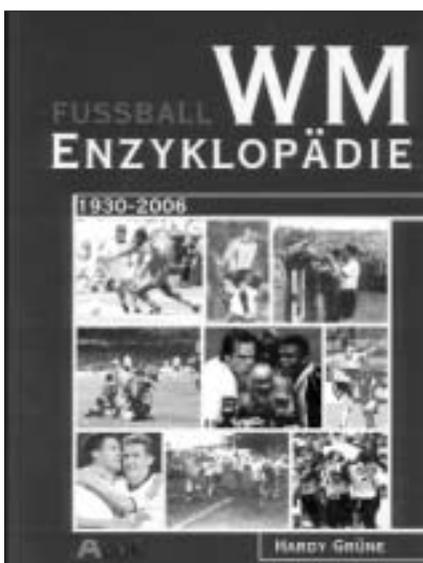
Hardy Grüne: WM-Enzyklopädie 1930 bis 2006. AGON Sportverlag Fulda; 632 S., 45,00 Euro
Hardy Grüne: EM-Enzyklopädie 1960 bis 2004. AGON Sportverlag Fulda; 376 S., 36,00 Euro

Der AGON Sportverlag nennt seinen Bestseller aus seinem Verlagsprogramm des vergangenen Jahres „Bibel für WM-Enthusiasten“. Gemeint ist die im Mai 2004 erschienene „WM-Enzyklopädie“. Ihr folgte im Dezember die „EM-Enzyklopädie“. Beide Bücher sind nicht nur durch ihre große Seitenanzahl gewichtig. Detailgenau wird über die einzelnen Fußball-Euro-

pa- und Weltmeisterschaften Buch geführt. Spieler, Trainer, Schiedsrichter der teilnehmenden Mannschaften – einfach alle sind aufgelistet. Egal ob Fußball-Europameisterschaft oder Weltmeisterschaft, jede dieser Enzyklopädien berichtet über die nahezu komplette Geschichte des jeweiligen Turniers, illustriert mit zum Teil bisher unveröffentlichten Schwarzweiß-Fotos.

Zudem gibt es bereits Ausblicke auf die folgenden Meisterschaften, die WM 2006 in Deutschland und die Europameisterschaft 2008 in der Schweiz.

• RALF FIEBELKORN



Liebe FriedensfreundInnen,

auch am Beginn des vergangenen Jahres haben wir versucht, in einem größeren Kreis von Vereinen/Gruppierungen/Initiativen und Einzelpersonlichkeiten, die in unserer Stadt für Frieden und Abrüstung, für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, für Widerstand gegen rechte Gewalt und neofaschistische Ziele einstehen, zu einer Beratung zusammenzuführen, um über unsere jeweiligen Arbeitsprogramme im Jahresverlauf zu informieren, um zu prüfen, für welche Vorhaben wir durch Gemeinsamkeit mehr Qualität und mehr Öffentlichkeit gewinnen könnten ...

Auch wenn das noch nicht zu einer kontinuierlichen Zusammenführung der vielfachen Anstrengungen in Leipzig führte – die wirksame Koordination 2001/2002 gegen den Irak-Krieg und die erstmals sehr erfolgreiche Sitz-Blockade „Auf unseren Straßen haben Nazis keinen Platz!“ am 3. Oktober 2003 bezeugen: **Bündnis-Aktionen sind notwendig und wirksam!**

Der bevorstehende 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2005 veranlasst Parteien und Institutionen, die Regierungen und Parlamente der Länder der Bundesrepublik Deutschland dazu, dieses Ereignis öffentlich zu beachten. Der Medien- und Buchmarkt, das Veranstaltungsspektrum werden vollauf damit beschäftigt, einerseits ... Andererseits aber „hat sich vieles von dem, was nach 1945 überwunden war oder überwindbar schien, wieder zurückgemeldet und prägt erneut unsere Gegenwart. Drohungen mit militärischer Gewalt, militärische Einsätze und Angriffskriege sind wieder zu ‚legitimen‘ Mitteln der herrschenden Politiken geworden“ (aus: Aufruf/Friedenskooperation Berlin). Neonazistische Organisationen haben wieder Zulauf – in Aufmärschen, in Discos, in Zeitschriften, im Internet, an Stammtischen – und sind nun sogar in Parlamenten zu sehen und zu hören!

Wir wehren uns gegen das Vergessen und Verdrängen der Nazivergangenheit, gegen das Bagatellisieren der Verbrechen, das Verschieben der Solidarität mit den Opfern zu einer Bemitleidung der Täter ...

Wir laden Sie / euch sehr herzlich ein zu einer

BERATUNG dieser Situation und unserer Aktionen in Leipzig im Jahr 2005. Montag, 31. Januar 2005, 19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V., Harkortstr. 10.

Im Namen des Vorstandes
Friedenszentrum Leipzig
DR. C. HARTINGER,
G. MÄRKER,
DR. H.-J. WIENHOLD,
N. LINDNER,
PROF. DR. K. HÄNIGEN
(Bei Anfragen: 0341-878 00 15 / 0341-480 11 89)

Faschisten am 8. Mai unterm Brandenburger Tor?

Am 4. November vorigen Jahres hat die JN (Junge Nationaldemokraten und quasi die Jugendorganisation der NPD) einen Aufzug für den 8. Mai angemeldet. Aus dem Osten kommend, soll er – unter der Losung: „Schluss mit der Befreiungslüge“ – am Platz des 18. März enden.

Ein Bündnis hatte bereits am 4. Oktober die Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder die HIMMLISCHEN VIER“ angemeldet. Am 2. Dezember erklärte der Berliner Polizeipräsident, dass diese Aktion nicht stattfinden könne, weil sich die beiden Aktionen überschneiden würden. Hatten die Faschisten ihren Aufzug nicht einen Monat später angemeldet?

Eine Möglichkeit, die Nazis am Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus zu stoppen, ist die Unterstützung der Aktion „Das Begräbnis oder die HIMMLISCHEN VIER“, deren Organisatoren natürlich alle juristische Schritte in die Wege leiten, die möglich sind.

Die Himmlischen Vier sind an sich schon eine spannende Sache – basierend auf der Grundlage

von Bertolt Brechts Gedicht „Legende vom toten Soldaten“: Ein gefallener deutscher Soldat wird auf Befehl der Generäle wieder ausgegraben und erneut für Deutschland in den Krieg geschickt. Diesmal wird der tote Soldat von Vertretern der Siegermächte in Gewahrsam genommen und wieder eingegraben – ein für alle Mal. Eine Mahnung, dass er nie wieder marschieren, kein drittes Mal die Welt in Schutt und Asche legen darf!

Es wird einige spektakuläre Höhepunkte bei dieser Aktion geben: So wird ein „toter Soldat“ mehrere Tage lang vor dem Reichstag aufgebahrt liegen. Zwei sowjetische Panzer und ein erbeuteter deutscher Militär-LKW werden am 8. Mai vorfahren und ihn nach Potsdam zum Cecilienhof mitnehmen, dem Ort, an dem das Potsdamer Abkommen geschlossen wurde. Währenddessen wird die Schauspielerinnen und Brecht-Tochter Hanne Hiob das Gedicht ihres Vaters vortragen.

Morgens werden vier Kriegsveteranen der Siegermächte vor dem Cecilienhof in einem Jeep vorfahren und den toten Soldaten

zum Platz der ehemaligen Garnisonkirche fahren, dem Ort, an dem Reichspräsident Hindenburg 1933 dem neuen Kanzler Hitler die Macht übergab, die jahrhundertlang für preussische Militäraditionen stand und jetzt unter Schirmherrschaft von Jörg Schönbohm, dem Innenminister Brandenburgs, wieder aufgebaut werden soll. Dort soll der Soldat endgültig begrabt werden.

Mit dabei werden Widerstandskämpfer und Kriegsveteranen aus Polen, der ehemaligen UdSSR, den USA, GB und Frankreich sein, darunter die zwei einzigen noch lebenden Veteranen, die sich 1945 an der Elbe in Torgau die Hände reichten. Sollen sie alle am 8. Mai nicht kommen dürfen, weil Nazis an ihrer Stelle durchs Brandenburger Tor marschieren?!

Dass das auf keinen Fall geschieht, dafür stehen auch Prominente wie Gregor Gysi, Heinrich Fink, Herrmann Kant und Volker Schlöndorff (als Regisseur). Bleibt zu hoffen, dass diese Aktion darüber hinaus bundesweite Unterstützung findet.

Infos unter: 0174 / 692 32 74

ANITA TRENSCH

„Sag mir, wo du wohnst ...“?

Während Herr Sodann im ND VP-Witze reißt, die man seit der französischen Revolution jeder Polizei andichtet, ballert die von ihm im Fernsehen so oft geschönte Truppe in einer Dresdener Wohnung herum. Das Ergebnis: zwei getötete Hunde, eine geschockte Familie, zerschossene Möbel. Der Gesuchte aus seiner – einer Wohnung darüber – entkommen. Dass es sich um ein Sonderkommando der Polizei handelte, sollte wohl die besonderen Fähigkeiten dieser Truppe für derartige Einsätze hervorheben. Soweit zu unserem „Freund und Helfer“. Nun ist Irren menschlich und Polizisten sind auch welche. Der politische Skandal beginnt dort, wo der sächsische Innenminister seine Erklärung zu dem Vorfall abgibt und sich dabei zu der Äußerung versteigt: „Sage mir, wo du wohnst, und ich sage dir, wer du bist!“

In unserem Miethaus gibt es 16 Wohnungen. Anders als zu DDR-Zeiten, als sich die Hausgemeinschaft bei gemeinsamer Arbeit mit anschließender Fete traf, erkenne ich mein heutiges Gegenüber nur an seinem respektablen Habitus. Ich wage gar nicht daran zu denken, was wäre, wenn da einer ein ...?

Es graust einen zu wissen, dass in Sachsen Recht und Gesetz in solchen ministeriellen Händen ruhen. Wenn es nicht beleidigend für viele anständige CDU-Mitglieder wäre, könnte man Herrn de Maizaire im Umkehrschluss antworten: „Sage mir, mit wem du in welcher Partei bist, und ich sage dir, wer du bist!“ Beschämend für unsere demokratisch verfasste Gesellschaft, dass solche Skandale die Öffentlichkeit kaum zu bewegen scheinen. Resignation?

HARRY PURSCHE, LEIPZIG

Im Juni 2004 hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Urteil gefällt, das noch weiteren Widerstand erfordert. Mit dem Beschluss des BVerfG zur Nichtannahme der Verfassungsbeschwerden ehemaliger Angehöriger des MfS/AfNS gegen den § 7 des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets (AAÜG) wird die politisch-ideologisch motivierte und willkürliche soziale Ausgrenzung und Ungleichbehandlung von Gruppen ehemali-

Rentenstrafrecht

Weiterhin Solidarität notwendig

ger DDR-Bürger weitergeführt. Dieser Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Ungleichbehandlung von Gruppen ehemaliger DDR-Bürger wird als Bestandteil des landesweiten Protestes gegen massiven Sozialabbau und fortbestehende Diskriminierung Ostdeutschlands betrachtet. Reden wir nicht nur von Solidarität – praktizieren wir diese mit Bekundungen und Aktionen in der gemeinsamen

Arbeit!

Wir wollen unter anderem viele Petitionen zusammentragen und bitten, uns dabei zu unterstützen. Diese Aktion führen wir bis Ende Februar 2005 durch. Im April/Mai 2005 wollen wir diese Petitionen im Petitionsausschuss abgeben.

Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich zur Verfügung (dietersiegert@web.de).

DIETER SIEGERT

Betrachtungen zu einer intellektuellen Minderheit

Lieber Horst Schneider, für deinen Brief in Leipzigs Neue (25/26 '04) möchte ich dir danken. Einsteins Meinung, „die Majorität der Dummen“ sei für alle Zeiten gesichert, scheint mir seinen dominierenden Auffassungen nicht zu entsprechen. Hier kann aber nur versucht werden, auf eine wachsende Minorität der Einsichtsvollen einzugehen, die sich auch unter Historikern altbundesdeutscher Provenienz findet.

1. Ausgehend von der Diskussion Jüngerer auf dem Historikertag in Frankfurt a. M. 1998 rezensierte ich ein Buch, in dem diese Auseinandersetzung mit Hinweis auf zahlreiche Veröffentlichungen von Historikern der DDR weitergeführt wird. Damit wurde die Notwen-

digkeit eines geschichtswissenschaftlichen Neubeginns erneut belegt, der in der SBZ/DDR durch antifaschistische Historiker wie Engelberg und Markov eingeleitet wurde.

2. Schon vor 1989 schätzte ich einige Ereignisse anders ein als 1960. Das gilt auch für den 17. Juni 1953. So meine ich, dass er von den Programmierern des „Tages X“ nicht „ausgelöst“, aber natürlich ausgenutzt wurde.

3. Als Teilnehmer aller Leipziger Montagsdemos von 1991 bis Dezember 2004 bin ich optimistischer. Zudem glaube ich jenen Anthropologen, die meinen, der Prozess der Menschwerdung sei in intelligenter und moralischer Hinsicht noch keineswegs abgeschlossen.

DEIN WERNER BERTHOLD

Landesrabbiner bei behinderten Jugendlichen

Paul Siegel, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland warnte vor Wochen vor zunehmenden antisemitischen Tendenzen. Das Berufsbildungswerk (BBW), eine diakonisch-karikative Einrichtung im Südwesten Leipzigs, war deshalb gut beraten, wie Thomas Günzel, Pfarrer dieser Ausbildungsstätte für geistig und körperlich behinderte junge Menschen, hervorhob, Landesrabbiner Dr. Salomon Almekias-Siegl eingeladen zu haben. Nicht nur wegen der jährlichen Fahrten von Jugendlichen in die Gedenkstätte Auschwitz sei der Kontakt zur jüdischen Gemeinde wichtig.

Der von den Klezmer-Brothers, Leipzig, musikalisch umrahmte Vortrag stand unter dem Thema „Die jüdische Gemeinde in Leipzig: gestern – heute – morgen“. Der Rabbiner hob hervor, dass es auf dem Gebiet des Freistaates heute drei Gemeinden gibt, in Chemnitz, Leipzig und Dresden, die

zu 30 Prozent aus jüngeren Menschen bestehen. Unter den Älteren sind 40 bis 50 Prozent Akademiker, so Ingenieure, Ärzte, Musiker, die vor ihrer Übersiedlung nach Deutschland in ihrer ehemals sowjetischen Heimat zum Teil hohe gesellschaftliche Positionen innehatten. Ein großer Teil der in der früheren Sowjetunion assimilierten Juden suche Anschluss an die jüdischen Gemeinden hierzulande, wengleich es dabei auch Klagen über Integrationsschwierigkeiten gäbe. Die israelitischen Gemeinden bestehen heute zu etwa 65 Prozent aus ehemaligen Bürgern der UdSSR, 35 Prozent seien Israeli, Amerikaner und Deutsche.

Nicht alle Mitglieder der jüdischen Gemeinden seien religiös, betonte der aus den USA stammende Referent. Einige wollten vor allem andere Leute kennenlernen, soziale Kontakte knüpfen, Gemeinschaft erleben.

HERMANN GERATHEWOHL, Leipzig

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 1. Februar, 18 Uhr, Leipzig
Wie weiter mit der PDS? Mit Dr. Monika Runge, Mitglied des PDS-Landesvorstandes und der Programmkommission Harkortstr. 10

Mittwoch, 2. Februar, 18 Uhr, Dresden
Mythos Demografie – Wie mit Zukunftsfängsten der soziale Rückschritt begründet wird. Mit Dr. Norbert Reuter, ver.di Bundesvorstand Berlin
 „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 3. Februar, 19 Uhr, Leipzig
Jüdisches Buch unterm Hakenkreuz in Deutschland und Europa. Mit Prof. Dr. Otto Seifert, Leipzig. In Zusammenarbeit mit dem Kuratorium Haus des Buches e. V. ***
 Haus des Buches, Gerichtsweg 28

Dienstag, 8. Februar, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung: *Ein Funken Hoffnung. Verwicklungen: Antisemitismus, Nahost, Stalinismus.* Mit dem Autor Dr. Mario Keßler, Berlin
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 9. Februar, 19 Uhr, Dresden
Ist sozial, was Arbeitsplätze schafft? Zur Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung: Hartz IV und anderes ... Mit Hans-Jürgen Muskulus, Berater für Sozial- und Gesundheitspolitik der PDS-Landtagsfraktion im Sächsischen Landtag, Dresden
 „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Freitag, 11. Februar, 19 Uhr, Dresden
Brandherd Nahost: Das Alte/Neue in Israel-Palästina. Mit Felicia Langer, israelische Menschenrechtsanwältin und alternative Nobelpreisträgerin, Tübingen (gemeinsam mit Ausländerrat Dresden)
 Kulturrathaus (kleiner Saal), Königstr. 15

Freitag, 11. bis Sonntag, 13. Februar, Leipzig
 Wochenendseminar *Intervention von links in die Gesellschaft oder nicht? Politik oder Antipolitik?* Mit Martin Dornis, Leipzig, und Ulrich Leicht, Dortmund, Roter Baum e. V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Infos: www.deine-denkfabrik.de ***
 Freier Kindergarten, Lobstädter Str. 14

Sonnabend, 12. Februar, 10–18 Uhr, Dresden
13. Sächsisches Friedenssymposium: Die Planung weltweiter Interventionskriege, das Völkerrecht und die Zukunft der Menschheit. U. a. mit Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg und Felicia Langer, Tübingen. In Zusammenarbeit mit Sächsische Friedensinitiative Dresden e. V., Aktionsgemeinschaft Frieden Dresden, Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsen, DGB Kreis Dresden, Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e. V., IPPNW, Ärzte in sozialer Verantwortung
 Volkshaus am Schützenplatz

*** Diese Veranstaltungen werden gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin durchgeführt.
 Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:
 6. 2. bis 6. 3.: *10000 Meter unter Leipzig – Ergebnisse aus 150 Jahren geologischer Forschung*

20. 2. bis 27. 3., sonntags 10–17 Uhr, Gohliser Schlösschen: *Glanzlichter der Naturfotografie – 2003.*

Veranstaltungen:
 7. 2. bis 9. 2., 9–14 Uhr: *Winterfest für Kinder*

9. 2., 14 Uhr: Ferienveranstaltung *Tröstereulen aus Wolle und Filz.* Anmeldung erbeten

Frauenkultur e. V.

Leipzig, Windscheidstr. 51

4. 2., 20.30 Uhr: *Paris war eine Frau* – Der besondere Film

10. und 11. 2., 10–14 Uhr: *Computer-Crash-Kurs für Mädchen*
 12. und 13. 2., 11–16 Uhr: *Computer-Crash-Kurs für Frauen*

Stadtgeschichtliches Museum

Leipzig, Markt 1

Ständige Ausstellung, Hauptgeschoss:

Leipzigs unendliche Geschichte Teil I: Von der Stadtwerdung bis zur Völkerschlacht

Führungen, Veranstaltungen:

3. und 10. 2. 16 Uhr: *Führung durch Schatzkammer, Gefängniszellen und Turmbesteigung*

6. 2., 11. Uhr, Eintrittsfreier Sonntag: *Führung August der Starke - Liebe, Leben, Leidenschaft*

8. 2., 17 Uhr: *Das Urteil ist gesprochen ... Führung durch das unterirdische Gewölbe mit Folter- und Richtinstrumenten sowie historischen Gefängniszellen*

9. 2., 19 Uhr: *Sprechstunde bei Alt-Bürgermeister Hieronymus Lotter Museumsrunde vom Turm bis zu den Gefängniszellen.* Eintritt: 6 Euro

11. 2., 16 Uhr: *Marktfrau Marlene tobt durch's Alte Rathaus. Führung auf Sächsisch für Schaulustige und Marktmüde.* Eintritt: 6 Euro

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Januar neu bei uns:

Hrsg. Günter Grass, Daniela Dahn, Johano Strasser:
 In einem reichen Land. dtv, 17,50 Euro
 Ed Stuhler: Margot Honecker. Die Biografie.
 Heyne, 7,95 Euro

Hrsg. Alexander Fischer u.a.: Die DDR.
 Daten, Fakten, Analysen. Kommet, 14,95 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Hartz IV-Opfer sucht Arbeit

Gepr. Bilanzbuchhalter sucht für 20 Wo.-Std. Arbeit
 Angeb. unter Chiffre Hartz IV an Redaktion Leipzigs Neue, Braustr. 15, 04107 Leipzig

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistr. Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

Marxistisches Forum Leipzig

und „Rotfuchs“, Regionalgruppe Leipzig laden zum Forum:
Lohnarbeit und Kapital
 Klassenkampf gestern – heute – morgen
 mit Dr. Klaus Hesse
 am 1. 2., 18 Uhr, im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15

Hat die Erla-Siedlung eine Zukunft?

Zu den Alternativen Abriss oder Sanierung findet am **7. 2., 18 Uhr, im ACCENTO-Hotel**, Tauchaer Str. 260, eine öffentliche Anhörung mit Betroffenen sowie Vertretern der PDS-Stadtratsfraktion, des Stadtplanungsamtes und der LWB-Geschäftsführung

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Wolfgang Bittner

Jeremiade in kratzigen Zeiten

Die Staatskasse ist leer: Kein Geld für Soziales, kein Geld für Kultur, nicht für Bildung, Forschung, Gesundheitswesen ... Post und Bahn wurden privatisiert, in vielen Städten auch Wasserversorgung, Müllabfuhr, Kanalisation, Nahverkehrswesen. Deswegen gibt es den Briefkasten an der Ecke nicht mehr, und der Postzusteller kommt statt um neun Uhr erst um zwei. Deswegen wird bei der Wartung von Zügen geschlampt, und dass die deutsche Bahn die pünktlichste der Welt sei, behauptet nicht einmal sie selber mehr. Die direkte Straßenbahnverbindung zu Kölns Hauptbahnhof wurde kürzlich eingestellt, eine Fahrt in die Stadt kostet inzwischen ein kleines Vermögen. Die Abgaben für Wasser und Müllentsorgung steigen und steigen. Wie zufällig bekannt wurde, ist die Kanalisation einiger Großstädte über Briefkastenfirmen auf den Kaiman-Inseln an Geldanlage-Fonds in den USA verkauft und anschließend von den Kommunen zurückgeleast worden – Bereicherung durch Steuermanipulation. Die von hoch bezahlten städtischen Beamten zu diesem Zweck abgeschlossenen Verträge sind eine juristische Katastrophe. Für den Schaden werden die Bürger mit weiter wachsenden Abwassergebühren aufkommen müssen. In meinem Portemonnaie kratzt es, und das hat noch viel mehr Gründe. Die Zweigstelle der Sparkasse, die in letzter Zeit zweimal aufwendig umgebaut wurde, wird geschlossen und zugleich werden die Gebühren erhöht; ein Brötchen, das noch vor wenigen Jahren für zwanzig Pfennig zu haben war, kostet jetzt fünfundzwanzig Cent; der Hausbesitzer, der zwei Häuser geerbt hat, erhöht alle drei Jahre die Miete; die zu erwartende Altersversorgung hat sich innerhalb weniger

Jahre um mehrere hundert Euro verringert. Währenddessen genießen Scharen von Edelfrentnern vorzeitige Staatspensionen; Abfindungen an unfähige oder korrupte Manager belaufen sich auf zig Millionen; die großen Firmen zahlen kaum Steuern.

Und die Weltpolitik? Sie kratzt jeden Morgen an meiner Laune, wenn ich die Radio-Nachrichten höre: Bomben statt Diplomatie, Angriffskriege, Selbstmordanschläge, Tote über Tote. Was die Supermächte und ihre Marionettenregierungen falsch gemacht haben, wird mit ungeheurer Gewalt noch falscher gemacht. Millionen mästen sich auf Kosten von Milliarden, die immer weiter ins globale Abseits geraten. Habgier und Egoismus, wohin man schaut.

Früher war zwar nicht alles besser – wie manchmal gesagt wird –, aber heute ist vieles schlechter als früher. Obwohl vieles besser sein könnte. Alles zu negativ? Zu wenig Positives? Der Satiriker Erich Kästner soll auf diesen Vorwurf geantwortet haben: „Ja, wo ist es denn, das Positive?“ In dem Zusammenhang ist vielleicht noch daran zu erinnern, dass der Mensch von Natur aus weder gut noch schlecht ist, dass ihm also sämtliche Möglichkeiten einer humanen Lebensgestaltung – theoretisch – offen stehen.

Was mich übrigens in letzter Zeit am meisten ärgert – und ich glaube, da bin ich nicht der einzige –, sind die kratzigen Etiketts, die praxisferne Designer hinten in meine Hemden und sogar in die Pyjamas hinein nähen lassen. Quälend. Womöglich ist das der tiefere Grund, weswegen ich diese Glosse geschrieben habe. Sie hat mich psychisch außerordentlich entlastet.

Wanderungen durch Neufünfland

Es interessiert garantiert niemanden, wo ich wohne. Man erwartet von mir, Wanderpfade zu empfehlen und Ereignisse zu beschreiben, die ich bei meinen Touren durch die neuen Länder erlebt habe. Aber ich kann nicht anders: Ich muss heute fernab von allen lauschigen Wegen unter Baumwipfeln bekennen: Ich wohne in einem Plattenbau, 21 Stockwerke hoch und demzufolge hinreichend behämt oder als „Schlafzellen“ verlacht. Vor die Tür stellten uns die Frauen und Männer, die die angeblich unmenschliche Unterbringungsanlage projektierten, eine Schwimmhalle, in der heute ständig Hochbetrieb herrscht. Busse rollen Kinder vor die Tür, die schwimmen lernen wollen und wenn die schon in den Betten liegen, tummeln sich Ältere in den Fluten. Warum ich auf die Idee gekommen bin, Ihnen solche Plattheiten zu schildern, ist mit einem Wort erklärt. Heute habe ich eine Liste unterschrieben, auf der gegen die Schließung der Halle protestiert wird. Ab April soll das Becken wasserfrei bleiben. Auch das passiert jeden Tag allerorten und wir haben uns so daran gewöhnt, dass ein Wanderer, der darüber schreibt, riskiert, als Langweiler beschimpft zu werden. Ich mache mir nichts daraus! Und wenn wir schon mal beim Thema der „maroden“ DDR sind, die so töricht war, Schwimmhallen vor Hochhäuser zu

bauen, will ich noch erzählen, was man mir dieser Tage in Welsleben erzählte, einem Ort in der Börde. Dort gibt es natürlich auch eine Kindertagesstätte und die hatte hohen Besuch. Gesine Meißner war aus Hannover herangerollt, sie ist dort Landtagsabgeordnete und hatte vom Parlament, in dem einst Gerhard Schröder saß, den Auftrag bekommen, herauszufinden, wie die Welslebener ihre Kindertagesstätte betreiben. Begrüßt worden war sie vom in Sachsen-Anhalt gewählten FDP-Landtagsabgeordneten Johann Hauser, der aus der Voralpen-Gegend gezogen sein soll. Die Lokalzeitung zitierte ihn mit den Worten: „Nicht alles, was aus dem Osten kommt, ist schlecht.“ Das ist der heutige demokratische Realismus, knapp 15 Jahre nach dem Beitritt! „Nicht alles ...“ Erwähnt wurde dann auch noch, dass eine OECD-Studie for-

muliert hatte, die Betreuung von Vorschulkindern hierzulande sei „eines der am besten ausgebauten Systeme auf der Welt“. Nach einer Stunde Studienaufenthalt in der Kindertagesstätte Welsleben schlüpfte die Abgesandte aus Hannover in ihren Mantel, machte sich auf den Heimweg und wird nun in Hannover berichten, wie man sich im zwar nahegelegenen aber eben doch so fernen Sachsen-Anhalt um die Kinder kümmert. Ich weiß natürlich nicht, ob sie retour über Halberstadt fuhr, wo sie etwas hätte besuchen können, was die DDR nie gekannt hatte: die Wärmestube des Franziskanerklosters, die nicht ohne Stolz darauf verweist, dass Obdachlose dort kostenlos ein Bad nehmen können. Natürlich müssen wir derlei nicht in Anspruch nehmen, wenn man die Schwimmhalle trotz unserer Proteste schließt, weil sie in den Plattenbauten ja Badewannen installiert haben.

Übrigens: Wandern Sie mal nach Berlin, sollten sie sich einen Tag heraussuchen, an dem die Tourismusführung durch den Berliner Bankenskandal (samt der Schauplätze) stattfindet. Weil, dann wissen sie exakt, warum unsere Schwimmhalle geschlossen werden muss: Das Geld wird für die Zinsen gebraucht, die der Skandal hinterlassen hat.

Wer die Macht hat,
braucht für den Missbrauch
nicht zu sorgen.

*
Die Satten verpassen
das sinkende Schiff.

REINHARD LOCHNER

Vom demokratischen Realismus allerorten

FUNDSACHEN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

Gewiss, die Stadt hat Neo Rauch, und sie hat das Bachfest, und sie hat ein neues Museum der bildenden Künste, aber von der Weltstadt des Buches ist sie zu einem Bücherdorf mutiert, das im Reigen der deutschen Verlagszentren an 26. Stelle steht, hinter Aalen, Ingolstadt und Ravensburg. Und aus der vielbeschworenen „Medienstadt“, die den Verlust der Buchstadt Leipzig kompensieren sollte, ist ja auch nichts geworden. Vielleicht ist es nicht ganz gradlinig, wenn ich gleich dahinter nach dem Rang der Leipziger Universität frage.
Verleger Elmar Faber, LVZ 31. 12. 04

Es kann gelingen, fest gefügte Strukturen aufzubrechen. Es ist auch in Deutschland möglich, ohne gewerkschaftliches Korsett und ohne ideologisch motiviertes Anspruchsdenken Arbeit zu ermöglichen.

Dieter Wonka, (ein verlässliches Sprachrohr der Unternehmensverbände)
LVZ 4. 1.

Von den 500 Unternehmen (im Uhrmacherhandwerk), die 1991 in der Handwerksrolle des Freistaates (Sachsen) eingetragen waren, sind Anfang 2005 nur 300 übriggeblieben.
LVZ, 6. 1.

Von elf lettischen Sportlern, die gefragt wurden, was auf ihren Nationaltrikots steht, konnte kein einziger die lettische Inschrift entfernen.
3sat 7. 1.

Die HDW-Werft ist konkurrenzlos im U-Boot-Bau und auf Jahre ausgebaut.

Wenn man einmal durch ein solches U-Boot geht bzw. kriecht, bekommt man einen unvergleichlichen Eindruck von seiner Leistungskraft.

Wirtschaftsminister Clement
beides DLF 9. 1.

• GEFUNDEN VON MANFRED ERBE



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

25. Januar

Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Februar

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40

• KLAUS HUHN